

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Richard Haushild, Magdeburg. Verantwortlich für die Umlaute: August Fabian, Magdeburg. Verlag von Bernhard Garbaum, Magdeburg. Druck von Franz Schlegel, Magdeburg. Geschäftsstelle: Salzstraße 49, Fernsprecher 1587. Redaktion: Gr. Münzstraße 3, Fernsprecher 961. Pränumerando zahlbarer Abonnementssatz: Vierteljährl. (inkl. Bringerlohn) 2 Mr. 25 Pf., monatlich 80 Pfsg. Das Heft kostet in Deutschland monatl. 1 Exempl. 1.70 Mr., 2 Exempl. 2.90 Mr. In der Expedition und den Ausgabestellen vierfach 2 Mr., monatl. 70 Pfsg. Bei den Postanstalten 2.50 zzgl. Bestellgeb. Einzelne Nummern 5 Pfsg. Sonntags- und alte Nummern 10 Pfsg. — Inserationsgebühr die sechstausendste Petitzelle 15 Pfsg. Post-Reitungsliste Nr. 7839

Nr. 290.

Magdeburg, Donnerstag, den 12. Dezember 1901

12. Schrein.

Graf Posadowsky als Nationalökonom.

Graf Posadowsky ist ein sehr fleißiger Beamter. Er ist vielleicht nur zu gewissenhaft. Entschieden dieser über-großen Gewissenhaftigkeit hat er die peinliche Geschichte mit den 12 000 Mark zu verdanken. Damals hat er die Aufgabe der Regierung, den sozialpolitischen Haushalt des Bundes der Industriellen zu spielen, zu buchstäblich, zu ehrlich aufgefaßt, und verlangte von diesem das nötige Kleingeld, um die Geschäftsspesen zu bezahlen. Diesmal aber, da er den handelspolitischen Haushalt des vereinigten industriellen und agrarischen Großkapitals zu spielen hat, stürzt er sich in — für seine Mittel — zu großen geistigen Ausgaben, indem er dem bunten Mischmasch der Tarifvorlage eine allgemeine nationalökonomische Basis zu geben sucht. Da er aber nicht einmal in der Vulgärökonomie eine Theorie zu finden vermag, die imstande wäre, diesen furchterlichen Rattenkönig des entfesselten industriellen Profitinteresses in

Deutschland ist ein Exportland. Von der Textilindustrie werden 30 Prozent der Produktion ausgeführt, Nähmaschinen 15 Prozent, Porzellan 67 Prozent, Musikinstrumenten 51 Prozent, Zucker 52 Prozent usw. Diese Ausfuhr geht hauptsächlich nach den Ländern mit weniger entwickelter Industrie. Von diesen bezieht Deutschland Rohstoffe und Lebensmittel. Es verarbeitet die ersten und schickt die Fabrikate nach dem Ursprungsland des Rohstoffs zurück. Es bezieht z. B. aus Amerika Baumwolle und schickt sie als Strumpfwaren zurück; das deutsche Schuhwerk, das nach Russland geht, ist aus russischem Kalbfell gemacht usw. Aber diese Länder haben Industriezölle eingeführt, um die Fabrikation im Inlande gegen die deutsche Konkurrenz zu schützen. Daraus ergebe sich — „mit unbezwinglicher Logik“, meint unser Graf —, daß auch Deutschland die Waren mit Schutzzöllen belegen müsse, die es aus jenen Ländern einführt; dann würde es an diese „Kompensationsforderungen“ stellen, d. h. Vollherabsetzungen gegen Vollherabsetzungen einzuweichen können.

Also die deutschen Industriellen werden durch die fremden Schutzzölle gezwungen, ihre Fabrikate zu einem Preise zu verkaufen, der den hohen Produktionskosten nicht mehr entspricht. Und wie hilft ihnen Posadowsky? Zudem er sie Rohstoffe und Lebensmittel mit Schutzzöllen belagt und so die Produktionskosten erhöht! Weil die Fabrikanten billig verkaufen müssen, zwingt er sie, teurer zu produzieren! Ein Zoll auf Rohstoffe schützt nicht die inländische, sondern die fremde Industrie, er wirkt wie ein Ausfuhrzoll auf Fabrikate oder wie ein Einfuhrzoll auf fremden Märkten. Darum kann allerdings das Ausland mit seinen Industriezöllen desto mehr heruntergehen, je mehr Deutschland seine Rohstoff- und Lebensmittelzölle hinaufschraubt. Sollte Deutschland einen entsprechend hohen Zoll auf rohe Baumwolle legen, so könnten die Amerikaner offenbar ihren Zoll auf Baumwollfabrikate handelspolitisch entbehren.

Nun will ja Graf Posadowsky durch die deutschen Zölle auf Rohstoffe und Lebensmittel die ausländischen Industriezölle durchbrechen. Dieser Schutzzöllner entpuppt

Graf Posadowsky abgesehen hat; aber das Ausland findet Ersatz in der Steigerung seiner eigenen Industrie infolge der Verminderung der deutschen Konkurrenz, die im Ausland durch Fabrikatzzölle, im Zulande durch Rohstoff- und Lebensmittelzölle belastet wird; das Bestreben der industriellen Importländer ist es ja gerade, die Rohstoffe und Lebensmittel, die sie ausführen, im eigenen Lande zu verbrauchen während das Bestreben eines kapitalistischen Exportlandes wie Deutschland dahin geht, die Rohstoffe und Lebensmittel aus aller Welt an sich zu ziehen, um alle Welt mit Fabrikware zu versorgen — und folglich ist die Handelspolitik des Grafen Posadowsky vortrefflich dazu geeignet, die Industrie — im Auslande zu fördern, im Zulande zu ruinieren!

Nach der bis jetzt an den deutschen Universitäten dozierten Nationalökonomie müssen in Ländern, die ihr Fabrikate durch Einfuhrzölle schützen, die Rohstoffe vom Zoll frei bleiben, weil sonst der Rohstoffzoll den Fabrikatzoll gegenüber dem Ausland aufheben würde, nach der Nationalökonomie des Grafen Posadowsky müssen gerade die Rohstoffe mit Zöllen belegt werden, weil sie aus dem Ausland eingeführt werden, währenddem die Fabrikate ausgeführt werden. Denn nach der Nationalökonomie des deutschen Katheders sind die Einfuhrzölle ein Mittel, die noch nicht völlig erstarke Industrie eines Landes gegen die überlegene fremde Konkurrenz zu schützen, und nach der Nationalökonomie des Grafen Posadowsky sind sie ein Mittel, durch die Vernichtung der eigenen Industrie die fremde Industrie zu schädigen.

Es giebt nur ein Mittel, fremde Industriezölle zu durchbrechen: Verbilligung der Produktion. Dazu gehört: Verbesserung der Technik, Erhöhung der Lebenshaltung der Arbeiter, Entwicklung der Verkehrsmittel, Verbilligung der Rohstoffe und Lebensmittel. Nehmen wir ein konkretes Beispiel. Amerika hat die wiederholt erhöhten europäischen Getreidezölle wiederholt durchbrochen. Wodurch? Durch Anwendung von Maschinen, intensive menschliche Arbeit, Verbilligung der Frachten, Organisation des Getreidehandels und Verkehrs. Zu gleicher Zeit ist die russische Landwirtschaft, die alle diese Momente entbehrt, unter dem Druck der europäischen Schutzzölle und der amerikanischen Konkurrenz zu Grunde gerichtet worden. Oder wodurch ist die amerikanische Eisen- und Maschinenindustrie zu einem so gefürchteten Konkurrenten Europas geworden? Nicht durch Schutzzölle, sondern durch die amerikanische Technik, den amerikanischen Großbetrieb, die amerikanische Konzentration des Kapitals, die amerikanischen Verkehrsmittel und nicht zum letzten die amerikanische Intensivität der Arbeit. Graf Posadowsky aber bejahte es wehmütig, daß der jetzige Zolltarif keine genügende Handhabe lieferte, um die Einfuhr von amerikanischen Präzisionswerkzeugmaschinen zu verhindern! Ja, war denn kein Techniker im Wirtschaftlichen Ausschuß, um dem Grafen zu zeigen, daß durch diese Einfuhr allein, die eine Revolution im Maschinenbau hervorgerufen hat, es überhaupt nur noch möglich war, die deutsche Industrie konkurrenzfähig zu erhalten?

Nein, Herr Graf, es war wirklich gar nicht nötig, sie in nationalökonomische Exkursionen einzulassen. Sagen Sie doch einfach: „Wir haben diesen Zolltarif dem hohen Hause vorgelegt, weil es uns so vom Bund der Landwirte und dem Bund der Industriellen anbefohlen worden ist.“

Wp.

Digitized by srujanika@gmail.com

Magdeburg, den 11. Dezember

Aus dem Reichstage.
Die Wreschener Schulaffaire.
bg. Berlin, 10. Dezember. Der Reichstag verhandelt
heute die Interpellation der Polen und des Centrums über
die Vorgänge in Wreschen. Der Andrang zu den Tribünen
war kolossal. Hunderte mußten umkehren, weil sämlich
Plätze vergeben waren. Dagegen war das Haus nur mäßig
besetzt. Besonders auffällig war es, daß von der Freisinnigen
Volkspartei nur wenige Abgeordnete erschienen waren. Auf
der Ministerbank saßen eng aneinander gerückt der Reichs-
kanzler und die Minister des Innern und Aeußern, Gra-

Nach der Begründung der Interpellation durch den polnischen Großgrundbesitzer, den Fürsten Radziwill, erobt sich der Reichskanzler, um in einer längeren Erklärung dem Hause mitzuteilen, daß er die Interpellation nicht beantworten könne. Er stelle sich auf den bequemen Standpunkt, daß es sich hier um eine rein preußische Angelegenheit handelt, die im preußischen Landtag verhandelt werden müsse. Die Demonstrationen im Auslande, in Warthau und Leinberg, nahm er auf die leichte Schulter, die russische

den Sturm auf die deutschen Konsulate ausgedrückt und damit ist alles im Reinen. Die Rede des Reichskanzlers war mit nationalen Kraftphrasen gespickt, die die Rechten und die Nationalliberalen wiederholt zu alldeutschem Beifall hinrissen und noch nicht zufrieden mit dieser Erfolge ahmte Graf Bülow das Bismarck'sche Muster noch weiter nach. Als der Reichstag gegen die Stimmen der Rechten die Besprechung der Interpellation beschlossen hatte, zog er mit seinen beiden Kollegen ab, verließ er sozusagen unter Protest das Lokal. Auch die übrigen Bundesratsmitglieder verschwanden, nur der Braunschweigische Bevollmächtigte, Herr v. Gramm-Burgsdorf, der überall bemerkft wird, blieb im Saale.

Großen Eindruck machte diese Demonstration auf das Haus nicht. Jedenfalls verhinderte sie nicht eine recht ausgiebige Besprechung der Interpellation. Das Centrum hatte eines seiner demokratischsten Mitglieder damit betraut, die Stellung der Fraktion zu kennzeichnen. Herr Roeren ist in allen Kunstfragen ein sehr beschränkter Mann, aber in politischen Dingen denkt er liberal. Er bekämpfte die habsburgistische Schulpolitik, die im Osten getrieben wird mit großem Erfolge und sagte der Regierung bittere Wahrheiten.

In dieselbe Herbe hieb der polnische Redner Herr von Dziembowiski-Pomian, während Graf Linnburg-Stirum für die Konservativen der alten Begeisterung der Junker für ungebrannte Asche Ausdruck verlieh. Die nationalliberale Partei schuf amor keinen alldeutigen

Den Standpunkt unserer Partei entwickelte Genosse Ledebour in trefflicher Weise, in der bei der schwierigen Behandlung des nationalen Problems überall der sozialistische Standpunkt durchdringt.

Bernsteins Kandidatenrede.

In Breslau hat Genosse Eduard Bernstein am Montag mit seiner Kandidatenrede den Wahlkampf um das durch den Tod Schoenlaufs erledigte Reichstagsmandat eröffnet. Mit dieser Rede hat Bernstein nunmehr auch durch die That bewiesen, daß er trotz seiner hier und da an der theoretischen Formulierung der sozialistischen Weltanschauung geübten Kritik doch der alte, überzeugungstreue und begeisternte Sozialdemokrat geblieben ist, der er einige Jahrzehnte hindurch war.

Er führte nach dem Bericht der „Bresl. Volkswacht“ u. a. aus:

„Was ist die Hauptaufgabe unserer Zeit? Der Kampf für Sozialismus und Demokratie. Was ist, was will der Sozialismus? Auf diese Frage hören wir selbst innerhalb der Kreise des Sozialismus die verschiedensten Antworten. In der Sache selbst sind die Leute vollständig einer Ansicht. Aber das Gebiet ist überaus vielseitig, und deshalb erscheint der

aber zur Stelle zu werden versucht, und bezahlt es, um von einer oder der anderen Gesichtspunktf von ganz verschiedener Wichtigkeit. Ein im Kampf ergrauter Arbeiter antwortete mir auf die Frage, was Sozialismus sei, wofür Sozialismus kämpfe, mit dem kurzen Wort: Solidarität! Das ist einfach, aber richtig. Unsere gegenwärtige Gesellschaft unterscheidet sich von allen früheren durch Solidarität in den Dingen....

kapitalistische Feudalität, die sich in erster Reihe gegen die Arbeiter wendet, diese zu willenlosen Sklaven des Kapitals macht. . . . Wer aber ist berufen, den Kampf zu führen? Wir haben nichts zu erwarten von den Parteien, die auf dem Boden der kapitalistischen Verhältnisse stehen, nichts von den konservativen, nichts auch von den bürgerlich-liberalen Parteien. Die bürgerliche Demokratie hat nicht mehr die Kraft, irgend derartige Aufgaben zu übernehmen. Die Sozialdemokratie steht diesen Parteien in geschlossener Einheitlichkeit gegenüber.

Auch die liberalen Parteien haben das Gleichgewicht der kapitalistischen Interessen an den Füßen. Bei den Konservativen offene Feindschaft gegen jeden Fortschritt, bei den Liberalen halbes Grauen, banges Zagen vor diesem Fortschritt. Einigen schwachen ideologischen Neigungen Einzelner können und dürfen sie nicht nachgeben. Nur auf der Arbeiterschaft der Sozialdemokratie, ruht heute die Hoffnung auf den Fortschritt. In allen großen Fragen hat sie die Führung."

Wir sind der Meinung, daß die Uebernahme des Reichstagsmandats und die damit verbundene Notwendigkeit

praktische Arbeit für die Partei zu leisten, für Bernstein das beste Gegengewicht gegen ein etwaiges Verlieren in allzu diffizile theoretische Probleme sein wird. Gewiß soll und darf Bernstein darüber seine Thätigkeit im Dienste der Theorie des Sozialismus nicht verabsäumen. Aber seine praktische Thätigkeit kann ihm hierbei gleichzeitig auf das Beste als Korrektiv dienen. —

„Mittwochsfest“.

Der blutige Zwischenfall in Tientsin, über den wir gestern bereits einen Drahtbericht veröffentlichten, soll nach neueren Meldungen auf die in den Gegenden des Opiumgenusses herrschende Krankheit des „Amoklaufens“ zurückzuführen sein. Die amtliche deutsche Meldung, die allerdings aus Peking kommt und dort vielleicht schon einen Läuterungsprozeß durchgemacht hat, besagt:

"In Tientsin erschoss angeblich in dem als Amok bekannten Anfall von Raserei ein Mann des vierten indischen Bundes- schab-Regiments zwei Männer seines eigenen Regiments. Der Angreifer drang hierauf in das Proviantamt der deutschen Brigade ein, wo er mehrere Schüsse abgab. Der Kommissleur Ehret wurde tödlich, zwei Männer schwer, einer leicht verletzt. Der Angreifer wurde dann von einem deutschen Wachtposten niedergeschossen."

Wesentlich anders stellt das „Reutersche Bureau“ den Vorfall dar:

„Ein auf Posten stehender indischer Soldat ließ Almot und tötete zwei seiner Kameraden. Eine Kompanie Bundeschab-Infanterie marschierte aus, um den Verzettigten festzunehmen. Mittlerweile hatten aber schon deutsche Mannschaften den Indier erschossen und eröffneten nunmehr das Feuer auf die anrückenden Bundeschab-Infanteristen. Es kam zu einem sör- mlichen Gefecht, in welchem drei deutsche Soldaten getötet und ein Offizier tödlich verwundet, drei Indier getötet und mehrere ver- wundet wurden. Die deutschen Truppen durften bis auf weiteres die Kaserne nicht verlassen.“

Selbst wenn man annimmt, daß die Wahrheit zwischen beiden Berichten in der Mitte liegt, so scheint es doch, als wären die Deutschen zu eilig mit dem Schließen bei der Hand gewesen.

Neben das „Amoklaufen“ veröffentlichten wir schon vor einiger Zeit einen interessanten, der Wiener „Arbeiterzeitung“ entnommenen Artikel. Diese Krankheit ist das Endstadium der durch übermäßigen Opiumgenuss hervorgerufenen Nervenzerrüttung. Der Opiumraucher oder -esser wird in seinem Nervensystem schließlich so geschwächt, daß er jede Selbstbeherrschung verliert, und es genügt dann die geringfügigste Veranlassung, um ihn in einen förmlichen Taumel der Wut und der Raserei zu versetzen. Am häufigsten kommt diese Art der Erkrankung unter den Molaien des indischen Archipels vor, wie denn die Bezeichnung der Krankheit auch eine malaiische ist. Amoß ist ein malaiisches Wort und heißt auf deutsch „Morde“. Der freigeborene Malaie in den niederländischen Kolonien hat das Recht, den „Kris“, ein langes dolchartiges Messer mit haarscharf geschliffener

sie erfahrungsgemäß aussuchen, oft unglaubliche Gemebel an. Weil Zuländer, von abergläubischer Furcht getrieben, den Wahnsinnigen keinen Widerstand zu bieten wagen und zu Hunderten die Flucht ergreifen. Es besteht in allen Ländern, wo diese Krankheit öfter auftritt, das Recht, den Amokläufer ohne weiteres niederkzumachen. Die niederländische Regierung auf den großen Sunda-Inseln zahlte in früheren Zeiten sogar eine Prämie für „Niederlegung eines Amokläusers“. Allerdings hatte das die Folge, daß Leute, denen es gar nicht einfiel, Amok zu laufen, für gemein gefährlich gehalten und einzuschließen wurden.

Wir wollen im Interesse der deutschen Truppen hoffen, daß sie in der „Niederlegung“ des „Amokläufers“ nicht zu unrecht gewesen sind. —

Kleines Feuilleton.

Paris, 11. Dezember. Der „Tempé“ erlässt, Brubhomme,
der Sieger des Nobelpreises, sei entschlossen, seinen Preis
unter junge Dichter zu verteilen, damit sie ihre
Werke drucken lassen könnten. — Das wäre eine edle, das bestens
eine Dichter würdige That! —

= Der Zar und Tolstoi. Aus Petersburg berichtet der Korrespondent des „Morning Leader“ daß der Zar wünscht, daß seine Enthüllungen die Eigentumslage des Grafen Tolstoi unterschreben, ehe der Dichter stirbt. Der Zar hat darüber mit Bodjedowitsch eine Unterredung gefehlt, aber der Procurator widerstreite ihm dem Berufslage seines lieberlichen Herrn energisch. Der Zar soll seinen Gedanken widerstreitend aufgegeben und dabei bemerkt haben, daß auf Bodjedowitsch die Verantwortung falle, falls es zu revolutionären Ausschreitungen komme, weil man Tolstoi nicht fördere.

= Eine neue Kunstsichtung für freie und angewandte Kunst wird am 8. Januar 1892 unter Leitung des Bildhauers Hermann Schrey und des Malers W. von Debschitz in München. Gesuch um Auftrag zu eröffnen werden. Lehrstuhl und Universität sollen mehr, als es jetzt geschieht, den heutigen Kunstdürblichkeiten und den neuzeitlichen Anforderungen in der Kunst angepaßt werden. Diese Ausstellung Schrey genügt als Bildhauer nicht einen kleinen Platz und hat in öffentlichen Vorlesungen, entgegen der Ausschöpfung ihrer, die das alles von oben, von der Regierung wünschen, erwartet. Es ist besonders bedenkt auszugeben, daß das Kabinett selbst die Bedürfnisse dieser Kunst nicht kennt, um eine allgemeine Hebung des Kunstschauspiels perfekt zu führen. Eine Fortschreibung besteht offiziell der Künstler Berlin, daß jeder der Ausstellungen möchte, sich nicht den Galeristnach der Salzamtshäuser oder jüngster Verleger aufzuzeigen lesse. Die Zahl kann unbestimmt seien. Gleichzeitig fordert, daß man gleichzeitig Bedingungen stellen lasse. Man solle das Gute. Neue nur erfordern, es braucht keineswegs etwas zu sein, sondern nur entsprechendes Material, in seinem der alten gebrauchten, beispielsweise Stile gehalten. Da bei ist aus der Praxis ein Verboten und Künstler von jedem der Ausstellungswerken zu haben, somit nimmt die Ausstellung das Kabinett nicht ein Ende. Die Ausstellung trennt sie gefundene Bürgerin folglich soll, aus dem nämlichen in einer Linie von den Künstlern, welche die Bedingungen für die Ausstellung erfordern, unterscheiden werden. Es ist also eine kleine Menge, die die Ausstellung eines solchen Vertrages einem nicht höheren Bedürfnis entspricht. Der Vorsitz der beruflichen Künstlerischen Gruppe des Kabinettischen Staates bestimmt die Kunst.

Die Nörberische Staatsstreichdrohung

Wird von unserem Wiener Parteiorgan, der „Arbeiterzeitung“, in der folgenden sicheren und stolzen Weise abgethan:

„Nur Kindsköpfe könnten sich mit dem Gespenst des Absolutismus schrecken lassen, nur politischen Analphabeten vermöchte man es einzureden, daß ein moderner, vom Capitalismus erfüllter Staat, daß ein Staat mit industriellem Proletariat nach der Methode regiert werden könnte, die sich als unsfähig erwiesen hat, das Gefüge des Agrikulturstaates zusammenzuhalten. Gewiß, es sind schon viele Verhüllungen zusammengebrochen in diesem Reiche, aber jeder Katastrophen kam, weil man zurück wollte, eil man, müde des langsamem Fortschrittes, nach überblühten Formen des politischen Lebens griff, an die Stelle des kleinen des Lebensfähigen das Unlebensfähige drängen wollte. Der lächerliche Wahnen, das centrale Parlament könnte entthront werden zu Gunsten von siebzehn Landtagen oder zum Vorteil des so schmähslich zu Grunde gegangenen Absolutismus, kann die „Obmänner“ schrecken, aber innerhalb der Völker glaubt niemand an derlei im imen märchen. Vielmehr fühlt es jeder, und die Überzeugung davon breit sich nun auch in den verrottetsten Gehirnen Wahnen, daß Österreich nur geholfen werden kann durch eine große und wahrhaftige That: die, die ihm ist ein Parlament giebt!

Herr v. Körber tastet herum, aber die Klarheit über den Zustand dieses Parlaments wird ihm nicht. Immer noch meint er, es sei irgend eine geheimnisvolle Obstruktion, die die parlamentarische Arbeit hemme, die Unsicherheit des parlamentarischen Lebens erzeuge. Wie konnte Herr v. Körber nur auf den bizarren Gedanken kommen, die Krankheit, die den gesamten Organismus befallen, die Wirkung irgend eines äußerlichen Eingriffs, das Produkt irgend einer planmässigen Absicht, das Parlament zu stören? Wenn Herr v. Körber die Sache noch immer nicht begreift: der Eindruck seiner Reden soll ihm die Erkenntnis schaffen. Die Abgeordneten waren bewegt und erschüttert, und die Furcht vor der Auflösung lag ihnen im Gelein. Sie möchten sogar gern arbeiten, er, wirklich, sie können es nicht. Das Privilegientparlament muss sterben, um einer wirklichen Volksvertretung Platz zu schaffen."

Deutschland.

Berlin, 11. Dezember. Der „Lokal-Anzeiger“ ist
n dem Kriegsminister v. Goßler zu der Erklärung er-
richtigt, daß ihm über die angebliche Duellrede des
Kaisers im Kasino des 1. Garde-Regiments zu Potsdam
nicht das mindeste bekannt sei. — Der „Lokal-Anzeiger“
ja auch das richtige Organ für die Offenbarungen des
Kriegsministers.

— Das Gerücht, daß der preußische Staats-
haushaltsetat für 1902 ein Deficit von
10 Millionen Mark aufweisen werde, ist, den „Berl.
pol. Nachr.“ zufolge, nicht zutreffend. Der Etat werde
daher mehr in Einnahme und Ausgabe balancieren, ohne daß
dazu der Heranziehung außerordentlicher Deckungsmittel
dürfen wird. Auch wird in dem Etat die regelmäßige
Schuldentilgung mit 5/8 Prozent der Staatsschulden vor-
sehen sein. —

— Die Nachrichten von einer Umgestaltung der preußischen Klassenlotterie werden offiziell bestätigt. —

— Der Vorstand des Landesvereins Preußischer technischer Lehrerinnen verfaßte eine Denkschrift über die Reform der Vorbildung der technischen Lehrerinnen und übersandte sie mit einer im Anschluß daran ausgearbeiteten Eingabe an den Unterrichtsminister Dr. Stüdt.

Im Monat Oktober d. J. sind auf den übrigen Gleiswegen — ausschließlich der bayerischen — 16 Entgleisungen auf freier Bahn (davon 10 bei Personenzügen), 17 Entgleisungen in Stationen (davon fünf bei Personenzügen), zwölf Zusammenstöße auf freier Bahn (davon einer bei Personenzügen), 32 Zusammenstöße in Stationen (davon acht bei Personenzügen) vorgekommen. Dabei wurden drei Bahnbetriebsleute getötet, sechs Reisende und 19 Bahnbetriebsleute verletzt. —

— Die Auswanderung in den ersten 11 Monaten des laufenden Jahres ist gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres in Hamburg von 84 527 auf 86 016, in Bremen von 88 729 auf 104 981 Personen gestiegen. Sie ist damit mehr als doppelt so stark als im Jahre 1898. Uebrigens stammt von diesen Auswanderern nur ein Teil aus dem Deutschen Reiche, die groÙe Mehrzahl aus Russland und Oesterreich-Ungarn. —

— Das Zuckerkartell hat nach der „Dresdner Zeitung“ weitere 10 Prozent des Zwölftmonatskontingents zum Verkauf freigegeben. Der Verkauf ist an Bedingungen geknüpft, die den Weißzuckersabrikten, die mit der Unterbindung des früher freigegebenen Quantum's noch rückständig sind, den Absatz erleichtern sollen. —

— **Keine Erhöhung der Betriebszölle!** Der
Lok.-Anz." schreibt mit einer Miene, als verkünde er etwas
anz Neues: „Wie uns von vorzüglich unterrichteter Seite
mitgeteilt wird, dürfte der Bundesrat unter keine
Umstände sich einer weiteren Erhöhung der
Betriebszölle geneigt zeigen, als der dem Reichstage vor-
liegende Zolltarif sie vorsieht. Der von den Vertretern der
Regierung im Reichstage eingenommene Standpunkt wird
auch fernerhin unbedingt festgehalten werden. Darin herrscht
unter allen Einzelregierungen vollkommenes Einverständnis.“
Die Agrarier werden so thun, als seien sie über diesen „un-
bedingten“ Standpunkt wunder wie wütend. Sie werden
aber zufrieden ins Fäustchen lachen, wenn sie nur die Erhöhung
erhalten, die der Tarif vorsieht. Aber auch das soll ihnen
nicht gelingen. —

— Die „bedeutamste“ Rede über den Zoll-
tarif hat — ja, wer denn gehalten? Die „Berliner
Neuesten Nachr.“, das Berliner Organ zur Vertretung der
rheinisch-westfälischen Schlotjunferinteressen weiß es. Kein
geringerer als Herr Dr. Beumer, der für den Handels-
minister neugewählte Vertreter für Duisburg-Mühlheim.
Das Blatt beglückwünscht den Reichstag „um eine rednerisch
begabte und sachlich so bedeutende Kraft“, nachdem er vor-
her die schwülstigsten und servilsten Lobeshymnen über
Beumer gesungen hat. Bei den nahen Beziehungen des
Berliner Blattes zu den rheinisch-westfälischen Industriellen,
also auch zu deren Generalsekretär, sollte es etwas vorsichtiger
sein. Eigenlob stinkt bekanntlich. —

Gymnasiasten als Beihilfskräfte.

... und, umg. zw. Gymnasiern dar einzutragen bei dem
Neujahrsdienst der Post zu verwenden. Diese Nachricht
es läßt sich, so unglaublich sie auch erscheinen mag; nur
soll nicht die Oberpostdirektion sondern nur ein Charlotten-
burger Postvorsteher soll es gewesen sein, der an dem
Direktor des Charlottenburger Reformgymnasiums das Er-
suchen richtete, die Post bei der Anwerbung von Gym-
nasiasten zum Neujahrs-Hilfsdienst zu unterstützen. Das
Berl. Tgbl." bemerkt, daß auch in früheren Jahren bereits
ältere Schüler höherer Lehranstalten als Neujahrs-Hilfskräfte
in einigen Postämtern thätig gewesen sind. Für dieses Jahr
sei bestimmt worden, keine Schüler anzunehmen. Das an-
das Charlottenburger Reformgymnasium gerichtete Ersuchen
eines hier von noch nicht unterrichtet gewesenen Postvorstehers
sei inzwischen wieder zurückgenommen worden. —

Wiesbaden, 11. Dezember. Heute findet die Stichwahl zwischen Duarff und Grüger statt. Das Resultat

erdet nach Kräften jede künstliche Trennung der einzelnen Gese-
vere. Der Unterricht umfaßt Zeichnen, Malen und Modellieren
nach Naturgebilden, Entwerfen mehrerer Kompositionen und Arbeiten
zu dem Gedächtnis, Einführung in alle Gebiete der Kunst und
Literatur. Entwicklung der in jedem Schüler liegenden besonderen
Fähigkeit bis zur eigenen Selbstbestimmung, das Wacherhalten der
eigenen schöpferischen Leistungen sollen die vornehmsten Aufgaben
des Unterrichts bilden. In dem Eingehen auf die Persönlichkeit
des Schülers, in der Bevorzugung schöpferischer Arbeiten und in der
Anstrengung auf bestimmte künstlerische Ziele und praktische Zwecke
des Unterrichts wollen die Lehrer ihr Ziel erreichen: den neuen
entwickelten Aufgaben unserer Zeit neue Kräfte zuzuführen. —

= Die Musik als Medizin. In New-York hat sich soeben
eine neue Gesellschaft gebildet, die die Musik als Hilfe bei der
Behandlung von Krankheiten anwenden will. Musiker und Sänger
sollen aufgefordert werden, ihre Kunst unentbehrlich in den Dienst
der guten Sache zu stellen und die Krankenhäuser und die Häuser
der armen Leute zu besuchen, um die Gedanken der Patienten durch
Singing oder Instrumentalmusik zu zerstreuen. Die bekannte
amerikanische Miss Eva Beschenius ist die Begründerin der Gesell-
schaft. Sie äußerte sie über ihre Idee: „Wir werden einen kleinen
Zett und Urteilstrafe bei der Auswahl der Musik anwenden müssen.
Nieder mit Feindseligender Wirkung werden bei Fieberzuständen an-
gewandt. Der Pilgerchor aus „Tannhäuser“ thut bei Schlaf-
losigkeit Wunder (!). Ich glaube, daß eine Zeit kommen wird,
wo kein Krankenhaus mehr ohne eine gute Kapelle ist“. Die Ge-
sellschaft nimmt sich der „Cecilien - Zweig“ der internationalen
Sonnenfleckengesellschaft". Einige Aerzte stehen der Bewegung
entgegen gegenüber. Der Gedanke, der in dieser amerikanischen
Ausführung etwas sensationslüdig und dilettantenhaft anmutet,
ist ein alter und literarisch oft behandelter. Im alten Griechenland
wurde man der Musik die Kraft zu, frankhaften Erregungen hervor-
zu rufen und zu bannen. Und in einem der neuesten Theater-
stücke — „Lüdericus“ von Büchner — beruht ein gut Teil der
Borgesjüchte auf der Annahme dieser militärischen Wirkungen. Ob
durch diese Kräfte tatsächlich Berat feindlichen, berechnen und
angreifen lassen, daß die erzielte Kunst sie mit Sicherheit in An-
wendung bringen könnte, das ist eine wohl aufzuwerrende

= Der vom Licht ausgeübte Druck. Eine physikalische Entdeckung von großer Bedeutung für den Peter Lebedew, Professor der Physik an der Universität Moskau, ausgegangen. Es handelt sich um den genauen experimentellen Nachweis eines vom Lichte ausgeübten Drucks. Diese Errungenschaft ist auch ein erster wichtiger Beitrag für das Erfüllen des 1879 verlobten øns-

Parteigenossen!

Am kommenden Sonntag, nachmittags
3 Uhr, findet im „Quisenpark“ eine

Volks-Gesammlung

statt, zu welcher unser Reichstagsabgeordneter Genosse

Wilhelm Pfannkuch

das Referat übernommen hat. Er wird
über das aktuelle Thema

Arbeitslosigkeit und Sozialdemokratie

sprechen. Mögen die Parteigenossen eine
rührige Agitation enthalten, damit sich diese
Gesammlung zu einer Massenkundgebung
aller gestaltet, die unter den Folgen der
wirtschaftlichen Krise zu leiden haben. —

Deutscher Reichstag.

(109. Sitzung.)

Berlin, den 10. Dezember 1901.

Am Bundesratssitz: Reichskanzler Graf v. Bülow, Graf Posadowitsch, Frhr. v. Richthofen.

Auf der Tagesordnung steht die Interpellation des Abgeordneten Fürst Radziwill (Pole) und Gen. betre. die

Wreschener Vorgänge.

Reichskanzler Graf v. Bülow erklärt sich bereit, die Interpellation sofort zu beantworten.

Abg. Fürst Radziwill (Pole):

Der Anlaß zu der vorliegenden Frage liegt für mich einzig der Verpflichtung, die nationale Würde derjenigen Bevölkerungsklassen zu wahren, die uns als ihre Vertreter in dieses Haus geschickt haben. Gwar liegen die Wreschener Vorgänge nicht sowohl in der Kompetenz des Reiches, als zunächst Preußens. Dummerhin bietet aber das Echo, das von diesen Vorgängen in der ganzen Welt wiederholt, nur den Anlaß, in diesem hohen Hause die Frage zur Besprechung zu bringen. Wir haben die feste Gewißheit und Überzeugung, daß wir uns bei der Wahlung unserer eigenen Würde und des Rechts auf unsere Muttersprache frei bewegen zu können, ohne befürchten zu müssen, der

Würde der deutschen Nation, wie sie eigentlich zum Ausdruck gelangt, zu nahe zu treten. Dem Reichskanzler möchte ich die besondere Versicherung geben, daß, wenn wir uns in eine unsere Herzen tief bewegende Frage an ihn wenden, wie seinerlei agitatorische Absicht (Vachen rechts), sondern uns nur der Ernst der Sache hierzu veranlaßt. Wir haben natürlich nicht jene bedauerlichen Vorgänge im Auge, die im Auslande zum Durchbruch gekommen sind und in allen Kreisen jener Länder verurteilt sind als geeignet, einer guten Sache Abbruch zu thun. Wir wünschen, die Aussöhnung der Vertretung des deutschen Volkes und der Reichsregierung in der Frage zu extrahieren; ist es in der That für die Wohlfahrt des deutschen Reiches notwendig, eine nationale Widerheit in einer Weise, wie wir dies seit einer Reihe von Jahren erleben müssen, in ihrer nationalen Eigentümlichkeit aufzufinden und zu bedenken? Liegt es nicht eher im Interesse des Ansehens des Reiches, die Wahrung ihrer von den Vätern erbten Güter nicht zu erschweren?

Nedner skizziert nunmehr die Wreschener Vorgänge im einzelnen und verurteilt es auf das schärfste, daß den Lehrern Prämien ertheilt wurden, wenn sie die Kinder möglichst rasch im Deutschen förderten. In der ganzen deutsch-polnischen Gegend, nicht nur in Wreschen allein, trieb der Mohrstock beim Unterricht im Deutschen eine große Rute. Es ist eine heilige Pflicht der Religion, den Kindern die Muttersprache lieb zu erhalten, um so schlimmer ist es, daß gerade in der Religionsstunde derartig vorgegangen wurde. (Sehr richtig bei den Polen.) Das brutale Vorgehen ist mir so weniger angebracht, da Kinder, die noch nicht gut deutsch können, natürlich in ihrer Muttersprache viel anständiger beten können, und die Eltern, die das Recht ihrer Kinder verteidigen, wurden mit Gefängnis bis zu 3½ Jahren bestraft.

Ich möchte den Reichskanzler fragen, ob er nicht Maßnahmen zu ergreifen gedenkt, die auf den Frieden in dem auf das tiefe ausgereifte nationale Kampf hinweisen und hoffe, daß die Anfrage zu Maßnahmen Anlaß gibt, die von der bisherigen Politik, so weit sie als fehlerhaft anerkannt sind, abweichen und daß die Antwort des Reichskanzlers von der Aussöhnung ausgehen wird: Homo sum, et nibil humanum a me alienum puto (Ich bin ein Mensch und nichts Menschliches erachte ich mir fremd). (Lebhafte Beifall in der Mitte und bei den Polen.)

Reichskanzler Graf Bülow:

Der Herr Vorsprecher hat bereits anerkannt, daß ich verfassungsrechtlich nicht in der Lage bin, hier auf die Vorgänge in Wreschen einzugehen. Es handelt sich hier um die innere Angelegenheit eines Bundesstaats. Wenn diese Angelegenheit im preußischen Landtag zur Sprache gebracht werden sollte, so werde ich dort an zuständiger Stelle Rede und Antwort stehen. An einer Erörterung jener Vorgänge hier im Reichstag vermag ich mich jedoch nicht zu beteiligen. (Hört! hört! bei den Polen. — Bravo! rechts und bei den Nationalliberalen.) Ich habe als Reichskanzler die Aufgabe, das Eingreifen von Institutionen des Reichs in die durch die Verfassung der Einzelstaaten vorbehaltene Zuständigkeit zu verhindern. Ich würde genau denselben Standpunkt eingenommen, wenn es sich um eine preußische, um eine bayerische, württembergische oder anhaltische Angelegenheit handelte, und ich muß gegen jeden Verdach, an dem bundesstaatlichen Charakter des Reichs und dem Rechte der Bundesstaaten zu rütteln, entschieden Vertheidigung einlegen.

Da aber der Herr Antragsteller, dem ich für seine ruhige Begründung der Interpellation dankbar bin, auch Bezug genommen hat auf unsere Beziehungen zu Russland und Österreich-Ungarn, so erkläre ich, daß mir nicht das mindeste bekannt ist, daß durch die Vorgänge in Wreschen dem Ansehen des Deutschen Reiches irgendwie Abbruch geschehen wäre. (Sehr richtig rechts und bei den Nationalliberalen.) Die Haltung sowohl der russischen wie der österreichisch-ungarischen Regierung hat unseren berechtigten Erwartungen durchaus entsprochen, und wir haben keinerlei Grund zur Beschwerde gehabt. Mit Freude kann ich konstatieren, daß die kaiserliche russische Regierung ausführlich der am 4. d. M. gegen das kaiserliche Generalpostamt in Warschau verübten Misshandlungen, sofortige und nach jeder Richtung bestredigende Remeide hat eingetragen. Der russische Minister des Auswärtigen hat dem kaiserlichen Botschafter in Petersburg sofort sein tiefes Bedauern über die beklagten Vorgänge zum Ausdruck gebracht.

Keusleton.

Gin Emporkönning.

Von Gustaf af Geijerstam.

(10. Fortsetzung.)

Pehr Ohlsson war nahe daran, zu glauben, daß ihm Karl Johann etwas ablaufen wollte. Denn der junge Mann hatte gewißlich das eine Wein über das andere geworfen und sah so freundlich aus, als wollte er Pehr Ohlsson einen Dienst erweisen.

„Ja, das Wetter war prächtig zur Ernte,“ wiederholte Karl Johann. Er war ja in Gedanken versunken, daß er völlig vergaß, daß er dasjelbe schon einmal gesagt hatte. Er war sich bewußt, daß er den reichen Pehr Ohlsson in seiner Hand hatte, und es fielte ihm förmlich, daß zu zeigen. Aber so ohne weiteres konnte er ihn doch nicht auf einmal Schwiegervater nennen, und deshalb saß er da und überlegte, wie er seine Worte setzen sollte, um den Alten richtig zu fangen.

„Ja, Gott sei Dank, das Wetter ist ganz gut gewesen,“ erwiderte Pehr Ohlsson zum zweitenmal. Er sang an, ungeduldig zu werden, und konnte gar nicht begreifen, was der Besucher wollte. Die Angelegenheit mit der Tochter schien ihm ja ein für allemal erledigt zu sein, und daß der Besuch ihr gelten könnte, kam ihm daher gar nicht in den Sinn.

„Ach,“ fuhr Karl Johann ungeniert fort, und in seine Augen kam ein Ausdruck von Schadenfreude, der Pehr Ohlsson einigermaßen beunruhigte. „Dann ist vielleicht Pehr Ohlsson auch geneigter, über die alte Angelegenheit mit sich reden zu lassen.“

„Ich weiß von keiner Angelegenheit, über die wir zu verhandeln hätten,“ warf Pehr Ohlsson ein.

„Denke Sie nur nach,“ sagte Karl Johann und legte ein Gut auf den Tisch. „Wir haben doch noch über etwas zu den.“

„Ich für meinen Teil weiß nichts davon,“ antwortete Bauer kurz.

Eine Ahnung zog in Ohlsson auf, daß die Unterredung dieselbe Wendung nehmen würde wie das letzte Mal. Aber

Die Solidarität, welche seit länger als einem Jahrhundert Preußen und Russland verbindet gegenüber Bestrebungen und Tendenzen, die im letzten Ende darauf abzielen, den Gang der Geschichte rückgängig zu machen und den Zustand vor 1772 wieder herzustellen, diese Solidarität hat sich auch diesmal bewahrt und ist schwerer zu erschüttern, als vielleicht dieser oder jener glaubt. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Die Maßnahmen, die nach dem 29. November zum Schluß des dortigen Stolzlats ergriffen worden sind, haben sich leider als unzureichend erwiesen, um die bei der Entstehung des Denkmals eines polnischen Schriftstellers vorgegängen erneut vor dem Konzil stattgehabten ungünstigen Demonstrationen zu verhindern. Wie der russische Minister des Auswärtigen, so hat gestern Graf Golowowski, der österreichisch-ungarische Minister des Auswärtigen, unserem Botschafter in Wien sein lebhaftes Bedauern über diese Vorgänge ausgetragen, und hat freudige Beifragung der Exzellenz zugesichert.

Ich kann aber nicht schließen, ohne mein Erstaunen darüber auszudrücken, daß der Antragsteller hat annehmen können, wir würden uns durch ausländische Beifragung inländischer Vorgänge irgendwo interessieren lassen. (Lebhafte Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.) Für mich kann nichts anderes maßgebend sein, als die Staatsseitseite dieses Landes und meine Pflicht gegenüber dem Deutschen. (Bravo! rechts.) Dieser meiner Pflicht wegen, ich eingedrungen bleiben, wird ich gegenüber der einen Seite, die nach meiner Beberungung unter Botschaft von polnischer Seite bedroht, (Bravo! rechts und bei den Nationalliberalen) fernher thun, was meines Amtes ist, dann das Deutschtum im Osten nicht unter die Fäder kommen. (Lebhafte Beifall rechts und bei den Nationalliberalen, zischen bei den Polen.)

Auf Antrag des Grafen Hompesch (Cte.) findet eine Bezeichnung der Interpellation statt; dagegen stimmen die Konservativen und die Reichspartei.

Der Reichskanzler und sämtliche Minister verlassen den Saal.

Abg. Dr. Nooren (Centr.):

Ich bedaure, daß der Reichskanzler nicht auf die Vorgänge, die zur Interpellation geführt haben, jetzt eingegangen ist. Die Vorgänge haben doch eine Bedeutung erlangt, die weit über die Grenzen des Deutschen Reiches hinausreicht. (Sehr wahrs im Centrum und links.) Ich überschreite die Grenzen des Auslandes nicht, aber bejedoch müssen sie hier werden. Die Strafentwölfe sind unbedeutend gewesen, aber es wird sie jeder verurteilen. Die Verurteilung sollte nur auch die von alldemischer Seite veranstalteten viel exzessiveren Tumulte trennen. (Sehr richtig im Centrum und links.) Von größerer Bedeutung ist es, daß in Russland die sonst so strenge Zensurzen für die Besprechung der Wreschener Vorgänge völlig suspendiert worden ist. (Hört! hört! im Centrum und links.) An den Prozeßversammlungen im Ausland haben sich hohe Staatsbeamte beteiligt. Es sind große Geldsummen aufgebracht worden. (Hört! hört!) In den englischen, französischen und holländischen Presse werden die Vorgänge aufs schärfste verurteilt. Ich halte diese Einmischung, zumal von Russland, für nicht berechtigt, da sie aber einmal geschehen ist, handelt es sich auch nicht mehr um eine speziell preußische Angelegenheit. (Lebhafte Zustimmung im Centrum und links.) Deshalb haben wir uns an der Interpellation beteiligt und treten in die Besprechung ein. Nedner schildert nun eingehend die Wreschener Vorgänge und führt fort: Die tschechische Schulpolitik steht ratlos da, sie hat keinen Anlauf gemacht. (Widerfuhr rechts und bei den Nationalliberalen.) Das einzige ehrliche Mittel ist, den Kinder Muttersprache zu lassen und den Religionsunterricht an sie in polnischer Sprache zu erteilen. (Sehr richtig im Centrum) jo wie Russland es macht. Hochverrätersche Unternehmungen werden wir mit der Regierung vereinbart, aber unter dem neuen Kurfürsten sind landesverrätersche Unternehmungen der Polen überhaupt nicht vorzunehmen. Die jeweils ehrliche Art der Germanisierung müssen wir verneinen, weil sie zu Ungerechtigkeiten führt. Das Nationaltheatrum der Polen wird dadurch nur noch mehr genutzt und sie werden uns immer mehr entzweit. Wir können die Polen nur zu zufriedenen Reichsbürgern machen, ihre polnische Nationalität aber können wir ihnen nicht nehmen. Erfolg wird man bei den Polen nur erzielen, wenn man sie zu zufriedenen Reichsbürgern macht, und sie nicht gewaltsam germanisiert. (Lebhafte Beifall im Centrum und links.)

das schien ihm so unerhört, daß er vorläufig noch so thun wollte, als ob er keine Ahnung hätte, was der andere meinte.

„Das letzte Mal war Pehr Ohlsson nicht gerade freundlich gegen mich,“ fuhr Karl Johann fort. „Aber das kam wohl daher, daß damals noch kein Grund vorlag, weswegen ich Sophie bekommen sollte. Aber, sehen Sie, ich dachte mir da, ich ließ mich könne es doch dahin kommen, daß Pehr Ohlsson ja sagte und obendrein noch froh wäre, wenn ich sie nähme.“

Da sprang Pehr Ohlsson auf und schlug mit der Faust auf den Tisch. Er war ganz rot im Gesicht, und die Adern schwollen ihm an dem sehnigen Halse, der über dem offenen Hemde sichtbar wurde.

„Zum Teufel, was für ein Grund sollte das wohl sein?“ schrie er.

Karl Johann saß ruhig da und weidete sich an dem Zorn des Bauern. Er war ja der Überzeugung, daß er ihn in seiner Gewalt hätte, und meinte von vornherein zu wissen, daß der Alte nachgeben müsse, sobald nur die Wahrheit an den Tag käme.

„Es ließe sich doch vielleicht einer finden,“ sagte Karl Johann ruhig und lächelte den gereizten Bauernmagnaten an.

Pehr Ohlsson ging auf den kleinen bartlosen Burschen los, der auf dem Stuhl vor ihm saß, und als sein schwerer Körper sich auf Karl Johann zubewegte, da sah es so aus, als könne er die ganze schmächtige Gestalt zerstalten. Aber Karl Johann ließ sich nicht einschüchtern. Er blieb auf dem Stuhle sitzen und sah den Bauern starr an.

„Was meinst Du damit?“ schrie Pehr Ohlsson. „Sag gerade heraus, was Du damit meinst, Schurke, verfluchter! Sag es! Oder ich weiß nicht, was ich thue!“

„Sie ist schwanger!“ sagte Karl Johann ruhig. „Aber das macht nichts. Ich will sie heiraten.“

Pehr Ohlsson hob den Arm, als wollte er zuschlagen. Sein Gesicht wechselte die Farbe. Er wurde freideweiss, und die Lippen wurden blau.

Da kehrte er sich aber um, riß die Thür auf und schrie,

„Sophie!“

Draußen entstand ein Lärm. Stimmen riefen. Man hörte Schritte. „Sag meiner Tochter, sie soll hereinkommen!“

Pehr Ohlsson riß das Hemd auf, so daß das weiße Haar auf der Brust zum Vorschein kam, und singt an, mit starken Schritten im Zimmer auf- und abzugehen.

„Das wird wohl vorübergehen, wenn er erfährt, daß es wahr ist,“ dachte Karl Johann.

Hinter ihm wurde leise die Thür geöffnet und Sophie trat herein. Weinend ging sie auf den Vater zu. Karl Johann aber rißte zu ihr hinüber, sie möge nur guten Mutes sein.

Pehr Ohlsson hielt in seiner Wandlung inne und blieb breitbeinig und anher auf vor Wut vor ihr stehen.

„Ist es wahr?“ schrie er. „Ist es wahr, was der Lump da sagt?“

„Vater —“ antwortete Sophie. Sie zitterte am ganzen Leibe und wagte nicht, aufzublicken.

Da erklang plötzlich ein Laut, der kaum einer menschlichen Brust entstammen zu können schien. Es war ein Brüllen, ein Fluchen, ein Weinen, alles auf einmal. Und Pehr Ohlsson schlug die Tochter mit geballter Faust, daß sie winzend zu Boden fiel.

„Was haben Sie gethan?“ schrie Karl Johann und sprang auf. Seine Kniee zitterten. Aber er war so fest davon überzeugt, richtig gerechnet zu haben, daß er hinzufügte:

„Es schadet ja nichts, ich will sie ja heiraten.“

Aber mehr ward ihm nicht möglich zu sagen.

„Ach so, Du willst sie heiraten?“ brüllte der alte Mann, packte ihn beim Kragen und schüttelte ihn, als wäre er ein kleines Kind.

„Ja, das glaub' ich recht wohl, daß Du sie heiraten willst. Aber wenn ihr auch zehn Kinder hättest, so wär' ich doch der Mann dazu, für sie und für meine Tochter zu sorgen, ohne daß Du Deine Nase hineinstechen brauchtest. Jetzt scher Dich zum Teufel und laß Dich hier nicht noch einmal sehen. Du elender Schurke.“

Und ehe Karl Johann sich dessen versah, flog er durch die Luft, ein tüchtiger Fußtritt gab ihm den nötigen Schwung. Und dann befand er sich danzen auf dem Hofe, während sein Hut, von kräftiger Hand geschleudert, hinter ihm drein rollte.

(Fortsetzung folgt.)

Abg. Graf v. Limburg-Steinum (cont.):

Sie will mich im Gegensatz zum Voreddner streng im Rahmen der Interpellation halten. Die Interpellation hätte fragen müssen: Was hat der Reichstanzler gegen die Auschreitungen im Ausland gethan? Darauf hat der Reichstanzler auch eine vorzügliche Antwort gegeben. Seine Rede hat gezeigt, daß die preußisch-deutsche Politik wieder in den richtigen Bahnen wandelt. (Heiterkeit links.) Abbruch in der öffentlichen Meinung haben uns die Egefe und Preßartikel nicht gehalten. Die großpolnische Agitation besteht eben noch und die Gefahr, die uns von ihr droht, ist zu schwer, als daß wir dabei einzig zu schaffen könnten. Wir müssen uns gegen den Versuch der einheitlichen Organisation Polens nehmen, und sind mit der jeglichen straffen Haltung der Reichsregierung durchaus einverstanden. Nach der falschen Verjährungs-politik des Grafen Caprivi sind wir jetzt wieder in die richtigen Bahnen eingetreten. (Sehr richtig rechts und bei den Nationalliberalen.) Den Polen soll die Religion gewahrt werden, aber das Deutschland muß sich gegen die Propaganda des Polentums schützen. Die Vorgänge in Preußen haben uns insofern genützt, als sie gezeigt haben, auch dem Ausland daß wir eine starke Regierung haben, die sich nicht an den Wagen läßt. (Lebhafte Beifall rechts und bei den Nationalliberalen. Bischen bei den Polen, im Centrum und links.)

Abg. Dr. v. Ziembowski-Pomian (Pole):

Sie bin im Weichener Prozeß Vertheidiger der Angeklagten gewesen, werde aber trotzdem durchaus objektiv sein. Die Kinder sind im Preußischen Prozeß als Zeuge vernommen worden; ihre Bildung im Deutschen war so weit vorgeschritten, daß z. B. ein Kind nicht wußte, was unter dem „Heiligen Geiste“ zu verstehen war. Die Leute in Preußen haben sich sehr laut beschwert. Sie haben eine Petition an den deutschen Kaiser gerichtet, umgängt aber die Erfahrung machen, daß das alte russische Dokument recht hat, das sagt: „Der Geist ist weit“. Die Judenungen sind weit über das erlaubte Maß hingezogenen und haben selbst Erklärungen der Kinder zur Folge gebracht. Und trotzdem hat das Gericht erkannt, daß Züchtigungsrecht ist nicht überschreiten. (Hört hört bei den Polen.) Wo bleibt die Gerechtigkeit, wenn die Lehrer, die das Züchtigungsrecht übernehmen haben, straffrei ausgehen, und die Eltern der mißhandelten Kinder zu mehrjährigen Gefängnisstrafen verurteilt werden? (Sehr richtig! bei den Polen.) Auf dem Kongreß zu Trient ist bereits festgelegt, daß der Unterricht in der katholischen Religion nur in der Mutter-sprache erteilt werden darf; als ungernwürige Katholiken dürfen wir uns diesem Kongreßschluß nicht widersetzen. (Sehr richtig! im Centrum.) Sie schaffen durch Ihre Politik nur ein rotaristisches Land. Den Polen ist seiner Zeit durch eine rotaristische Partei verhindert worden: „Eure Sprache soll Euch erhalten bleiben!“ Das ist ein Kaiserswort, meine Herren! Denn denn die Mehrheit der Weichener Bevölkerung nach kann mancherorts und hat Personen zu Kreise. Durch Ihre Politik hielten Sie die sozialistischen und panslawistischen Strömungen, die sich schon jetzt geltend machen. Wenn Ihre Germanisierungspolitik so weiter fortschreitet, wird bald aus dem Reichsstaat Preußen ein Polizeistaat werden. (Lebhafte Bravo! bei den Polen.)

Abg. Sattler (natl.):

Es ist eine bekannte Tatsat der Polen, jedesmal wenn sie einen Angriff gegen die deutsche Regierung haben, ihre Beifahrer im Reichstag und im preußischen Landtag in Form von Interpellationen zur Sprache zu bringen. Da die Polen im Reichstag ein saftvolleres Auditorium zu haben glauben wie im Landtag, haben sie mit ihrer Interpellation gewartet, bis sich gewisse ausländische Vorgänge damit in Verbindung bringen ließen, um eine Antwort vom Reichstanzler zu erzwingen. Um aber die helle vom Reichstanzler erstete Antwort zu erhalten, dazu bedurfte es nicht dieser so langen Verhandlungen, um die Interpellation zu stützen. Wenn ein Haufe von Radikalisten (Lebhafte Bravo! im Centrum und bei den Polen) in Lemberg und Krakau Feuer einstiegen und die Wappen der deutschen Konsulate zerstörten, so ist das keineswegs

eben noch in der Sitzungssitzung erklärt hat, dem Auslande seinerseits Einfluß auf unsere innere Politik entzünden zu wollen.

Nur eine einzige Angelegenheit wäre mir vielleicht einer Interpellation an den Reichstanzler würdig erschienen, nämlich die That, daß der galizische Landsmannsminister Piental an einer Versammlung teilgenommen hat, die eine Demonstration gegen die polnische der preußischen Justiz leitete. (Zusatz des Abg. Böbel.) Wie steht es denn eigentlich mit den Polen dort, wo sie die Macht haben. In Galizien beherrscht die polnische Richtung die ethnische. Bei den Wahltagen wird von Seiten der Polen geprägt. In Galizien steht es heute keine einzige russische Volksschule mehr. (Widerspruch b. d. Polen). Wie froh wären die Russen, wenn sie von den Polen so behandelt würden, wie die Polen von der preußischen Regierung. In Galizien wird die deutsche Sprache als eine Sprache der Feinde bezeichnet (Heiterkeit), eine oppositionelle Wahlbewegung ist dort unmöglich. Wenn aber in unseren polnisch-deutschen Bezirken ein Übergriff bei den Wahltagen erfolgt, wird die Wahl gestrichen. (Lebhafte Widerprüfung bei den Polen und Sozialdemokraten.) Das Nationalitätsgefühl der Polen ist so kolossal entwidelt, daß sie sich nicht einmal mehr mit der Sozialdemokratie vertragen können (Abg. Ledebour: Familiengeschichten). Herr Pfannfuchs stellte in seinem Schlußwort auf dem Lübecker Parteitag fest, daß ein Pole Dulong ihm gegenüber geschritten habe, Deutlich zu können. Als Herr Pfannfuchs über dem Mann erklärte, er habe ihn ja selbst schon deutsch sprechen gehört, stellte es sich heraus, daß Dulong ganz gut Deutsch kannte. Hört! hört! sagt der Lübecker Parteitag dazu. (Heiterkeit.) Wenn das Centrum die maßgebende Partei Deutschlands sein will, muß es auch der nationalen Frage im Auge stehen treten. Wie werden die Wacht an der Wache ebenso gut zu verteidigen wissen wie die Wacht am Rhein!

Meine Freunde halten es für ihre Pflicht, die Regierung in allen Fragen, wo es sich um den Schutz der Unabhängigkeit unserer inneren Politik handelt, die Regierung zu unterstützen, wir halten es aber auch für unsere Pflicht, den Schutz der deutschen Arbeitnehmer gegen die dolenzende Thätigkeit der polnischen Gewerkschaft zu übernehmen, auch wenn wir nicht auf denselben sozialistischen Boden mit ihnen stehen. (Lebhafte Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.)

Abg. Ledebour (Soz.):

Es freut mich, daß Herr Sattler zu den eifrigsten Leibern unserer Parteidurchhandlungen gehört, ich bedanke mich, daß es ihm nicht gelungen ist, eben wenig wie neulich Herrn v. Kneibauer, das eifrigste Verständnis für diese Verhandlungen aufzubringen. Zumal auch im Bezug auf die Behandlung der sozialdemokratischen Polen innerhalb der Partei eine Differenz besteht, so wird mit Sozialdemokraten einig in der Beurteilung der Germanisierungspolitik der Regierung.

Abg. Dr. Schiller hat selbst zugegeben müssen, daß einer der politischen Sozialdemokraten im österreichischen Reichsrat, der Abg. Dr. Tisza, in der österreichischen Presse gegen die Galizischen Oberhäupter in Galizien aufgetreten ist. Wir schauen uns mit den sozialdemokratischen und den Sozialdemokraten aller Länder darunter im Einklang, wenn wir überall als die Vertreter der eingesetzten Volksmassen auftreten. Es geht dem Abg. Dr. Schiller auch zu, daß, wenn bei uns die Verantworteten Massen der polnischen Bevölkerung die selben Herrschaftsmaßnahmen übernehmen, wie des preußischen Justiz, dann auch nicht viel Geschehen zu erwarten hätten. Es würde wohl zwecklos auf dasselbe heranzutreten, es sei denn ein Minister zu denjenigen Parteien oder ein polnischer Soldaten zu gehorchen.

Abg. Herr Hartmann hat an den Herrn Reichstanzler als an einen humanen Mann appelliert. Wir haben es aber hier nicht mit dem Reichstanzler als Menschen, sondern als Diplomaten zu tun und zu ihm als Diplomaten habe ich ebenfalls kein Vertrauen. Es gäbe mich auch des Fünfzigjährl. von dem Verdacht, daß er dem Reichstanzler entgegensteht, gehabt werden in. Der Reichs-

tanzler hat das Gesichtsfeld zu verschieben gesucht. Es handelt sich für uns absolut nicht darum, ob irgendwo einmal Radikalisten — und alle Radikalisten sind Radikalisten — ein Konsulat ramponieren. Der Reichstanzler hat dann wie in allen seinen Expositionen an das Nationalgefühl appelliert. In derselben Weise beansprucht Herr Chamberlain die Interpellation der Freien und Arbeitervertreter über die Konzentrationslager. Hier handelt es sich um die Schädigung des Bürgers, das die deutsche Volk durch diese Vorgänge im Innern erlebt hat und die haben ebenso den Namen des deutschen Volkes geschändet, wie die Thoten der Engländer in Südafrika den englischen Namen. (Lärm rechts.) Die Parallele liegt auf der Hand.

Der Reichstanzler ist mit den Ministern dann abgesprochen, die wohl nur erschienen waren, um den Abzug wirkungsvoller zu gestalten. (Heiterkeit links.) Bei der Bostansiedlung, wo es dem Reichstanzler in den Raum passte, da hat er den Zusammenhang von Weltpolitik und Heimatpolitik hervorgehoben. Diesen Zusammenhang erkennen wir an, nicht bloß wenn es sich um agrarische Interessen handelt. Gerade im Weichener Fall wird er deutlich. Der Kernpunkt der Germanisierungspolitik liegt darin, daß eine Majorität der praktischen Minorität ihre Sprache aufzwingen will. Diese chauvinistische Politik der Bourgeoisie zeigt sich überall, in England, in Italien, in Frankreich; sie verheist die nationalen Gegenden immer mehr und kann zu gefährlichen Explosionen, ja zum Kriege führen.

Die Religionstoleranz muß die Sprachtoleranz folgen. Freilich ist jene auch noch nicht durchgeführt. Momentlich die Dissidenten sind nicht geachtet. Den Kindern dieser wird eine andere Religion aufgezwungen. In der polnischen Unbildung ist doch nur der miserable Zustand der Volksschulen schuld und ich glaube auch nicht, daß es in einer evangelischen Schule bei uns viel besser steht. In unseren Schulen lernen die Kinder nicht einmal ein einwandfreies Deutsch. Hören Sie doch von Lenten, die nur in der Volksschule waren und sich dann selbst gebildet haben, die Slogen über die Mangelhaftigkeit der Volksschulbildung. So lange der Religionsunterricht nicht überhaupt aus der Schule herauskommt, wird es nicht besser. Den Kindern wird eine fremde Sprache mit dem Stocke aufgezwungen. Ich habe gehört wie wenig Deutsche einwandfreies Englisch sprechen und wie viel schwerer ist für Polen das Deutsche! Bei Ihrem System kann nichts herauskommen, als die Volkswundung. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten. Lärm rechts.) Im Russland saugen die Kinder der Polen dadurch, daß ihnen das Russische aufgezwungen wird, nur einen Haß gegen ihren Lehrer ein, in denen sie Schulgarde erblicken. Das Patriat ist mit dieser barbarischen Methode vollkommen gescheitert. Kein Pädagoge kann bestreiten, daß auch die katastrophale Verhängung die Kinder auf das schwierste gebracht werden. Brauchen Sie vielleicht, daß Sie durch Ihre Germanisierungspolitik den Polen Sympathie einlösen können? Nein, Sie erzeugen nur Haß und es ist ein Vorrecht für Deutschland, daß der Haß gegen das noch stärkere Regiment des Zaren noch größer ist.

Noch weniger Vorrecht über das Urteil, das zu diesen Vorgängen Verhaftung gegeben hat; es ist ein junger barbaren Klasse, die verschämt werden durch die nationale Ghäßigkeit. Ganz ist die Richter zweitlos ohne verblümten Haß zu ihrem Urteil gelangt, aber sie standen unter dem Bann jener sozialen Vorstellung, daß es die Wohl einer Majorität in einem Staate sei, die Minorität zu entnationalisieren. Sie betrachten die Polen schon deshalb als Feinde des Reiches, weil sie Polen sind. Der Staatsanwalt im Weichener Prozeß hat eine Neuflutung die recht bezeichnet ist, indem er schon den legalen Widerstand für verwerlich und verderblich erklärt. Nach dieser staatsanwaltschaftlichen Ausflutung gehörten wir, die wir die Ziele der Regierung bekämpfen, ins Zuchthaus, vor allem aber Herr Graf Limburg-Steinum (Große Heiterkeit links. Unruhe rechts), der mit großer Energie die Ziele der Regierung in der Konzentrationspolitik bekämpft hat. (Entz. Heiterkeit links.)

Alle diese Urteile sind nur ein Symptom der gegenwärtigen Reaktionära, worunter wir Sozialdemokraten besonders zu leiden haben. Einer unserer polnischen Parteigenossen hat in Beuthen wurde wegen eines ganz wichtigen Verdachtes des Meideins fünf

und in sämtlichen anderen Gewerkschaftsbüros zu jeder Zeit entgegenzunehmen. Die gesamte Bevölkerung ersuchen wir, nach Kräften dafür zu sorgen, daß die Zählung ein vollkommenes Bild der Arbeitslosigkeit widerspiegelt, und zwar dadurch, daß sie den Bürgern durch freundliches und hilfreiches Entgegenkommen die mühevolle Arbeit erleichtert. Jeder sollte sich vor Augen halten, daß der durch die Arbeitslosigkeit entstandene Notstand am besten eingeschränkt werden kann, wenn er sich in seinem vollen Umfang übersehen läßt.

Durch die Stadt werden bekanntlich 200—250 Personen eingestellt werden; laufende bleiben arbeitslos. Auch für diese muß gesorgt werden. Die dazu in Aussicht genommenen Maßnahmen müssen beschleunigt werden.

Vor den um Magdeburg liegenden Ortschaften haben sich bis jetzt zur Vornahme der Arbeitslosenzählung bereit erklärt: Fermersleben, Salbke und Westerhüsen, Groß- und Klein-Ottersleben, Lemsdorf, Diesdorf, Gracau, Barleben, Ovelstedt und Niederndödeleben. Wir bitten die Genossen in diesen Orten, sich rege an der Zählung zu beteiligen. Das Zählungsmaterial ist zum Abholen bereit. Auskunft und Material ist von Otto Bösch, Ammendorferstraße 27-28, zu erhalten. —

Orte, wie Wolmirstedt und Mohrungen, müssen sich unbedingt an der Zählung beteiligen. Wir bitten die in den Orten wohnenden Genossen, sich zu der Zählung vorzubereiten und sich an die oben benannte Adresse zu wenden. Die Feststellung der Arbeitslosen ist auch in diesen Orten notwendig, um die Gemeindebehörden und Regierung zu energischen Maßnahmen zur Einschränkung der Arbeitslosigkeit zu veranlassen! —

Bon unseren Arbeitslosen. Ein ungeheurend Andrang von Arbeitslosen herrscht jetzt täglich auf dem städtischen Arbeitsamt. Die in den Tageszeitungen und durch Plakate ergangene Aufruforderung, daß diejenigen Arbeitslosen, die Beschäftigung bei den Notstandsarbeiten wünschen, sich an die oben benannte Adresse zu wenden. Orte, wie Wolmirstedt und Mohrungen, müssen sich unbedingt an der Zählung beteiligen. Wir bitten die in den Orten wohnenden Genossen, sich zu der Zählung vorzubereiten und sich an die oben benannte Adresse zu wenden. Die Feststellung der Arbeitslosen ist auch in diesen Orten notwendig, um die Gemeindebehörden und Regierung zu energischen Maßnahmen zur Einschränkung der Arbeitslosigkeit zu veranlassen! —

die Zahl der sich auf dem Arbeitsamt melden, die nicht neu als Gradmesser der Arbeitslosigkeit betrachtet, ist eine eheure Schwere der Arbeitslosigkeit noch unterschätzt wurde. Nun herrscht selbstverständlich ein geradezu lebensgefährliches Gedränge. Aber es ist unmöglich, allen sich meldenden jetzt Beschäftigung zu geben. Am Dienstag früh hatten sich schon 550 Personen einzutragen lassen, von denen vorläufig nur 250 Arbeit zugewiesen werden kann. Darum muß eine sorgfältige Prüfung vorgenommen und in Erwägung gezogen werden, welche der Arbeitslosen am bedürftigsten sind. Welche? Alle, alle sind bedürftig! Ohne Zweifel; aber es gibt auch hier gewisse Abstufungen. Und wir können es nur gut heißen, daß seitens des Magistrats zunächst die Ernährer starker Familien berücksichtigt werden. Wo fünf bis sechs hungrige Männer den heimkehrenden Vater bestürmen und nach Brot schreien, dort muß zunächst helfend eingegriffen werden. Und das geschieht. Wenn also solchergestalt nicht alle ledigen Arbeitslosen oder solche mit schwächerer Familie jetzt bei dem starken Andrang auf sofortige Arbeitseinstellung rechnen können, so mögen sie sich trotzdem auf dem Arbeitsamt eintragen lassen. Es findet eine genaue Protokollierung statt, sie bleiben vorgekennzeichnet für eventuelle weitere in Angriff zu nehmende Arbeiten. — Der gewaltige Andrang zum städtischen Arbeitsamt bedeutet aber auch kein gutes Omen für die am kommenden Sonntag zu veranstaltende zweite Arbeitslosenzählung, sondern er läßt bereits erkennen, daß ein erschreckendes Resultat erzielt werden wird. Leider! Die Arbeiterschaft hat diese Unzumme von Elend nicht verschuldet. Sie hat darum aber auch nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, als Ankläger aufzutreten gegen die herrschende Gesellschaft und ihre verkehrt Wirtschaftsweise. Es gibt keine wichtigere Auflage als den zahlmäßigigen Nachweis der Opfer dieses aller Verlust und Gerechtigkeit hohesprechenden Systems! Darum auf, arbeiten, beteiligt euch am Sonntag vor, mittag zahlreich an der Zählung. —

Personal bemerkt Abg. Dr. v. Komierowski (Pole): Durch die Annahme des Beitragsantrages bin ich verhindert, die folgenden Angaben des Abg. Dr. Sattler bezüglich Galiziens zu berichten. Richtige Erw. Mittwoch 1 Uhr (Fortsetzung der ersten Beiratung der Zolltarifvorlage).
Schluß 5 Uhr. —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 11. Dezember 1901.

Zur Arbeitslosenzählung.

Zur Information der Zähler für die am kommenden Sonntag stattfindende Arbeitslosenzählung finden am Freitagabend 8½ Uhr in folgenden Lokalen Zusammenkünfte statt: Magdeburg: Albert Vater, Knobenhauerstraße 27-28;

Burgau: „Thalia-Restaurant“, Dorotheenstraße 14; Sudenburg: „Zerbster Bierhalle“, Schönigerstraße 27;

Wilhelmstadt: „Luisenpark“, Spielgartenstr. 1c; Neue Neustadt: August Bariel, Fabrikstr. 5-6; Alte Neustadt: Wilhelm Lackenmacher, Ottenbergstraße 13.

Die Parteigenossen und Gewerkschaftsmitglieder ersuchen wir, für rege Teilnahme zu sorgen. Anmeldungen zur Teilnahme werden an den eben benannten Stellen und im Bureau der Arbeitsnotstafel, kleine Altestraßen 15-16, Bureau der Metallarbeiter, Knobenhauerstraße 27-28, und in sämtlichen anderen Gewerkschaftsbüros zu jeder Zeit entgegenzunehmen. Die gesamte Bevölkerung ersuchen wir, nach Kräften dafür zu sorgen, daß die Zählung ein vollkommenes Bild der Arbeitslosigkeit widerspiegelt, und zwar dadurch, daß sie den Bürgern durch freundliches und hilfreiches Entgegenkommen die mühevolle Arbeit erleichtert. Jeder sollte sich vor Augen halten, daß der durch die Arbeitslosigkeit entstandene Notstand am besten eingeschränkt werden kann, wenn er sich in seinem vollen Umfang übersehen läßt.

Bewegungsstatistik der Magdeburgischen Bevölkerung. Das hiesige statistische Amt gibt für die Woche vom 17. Novbr. bis 23. Novbr. folgende Daten: Geboren wurden 65 männliche, 81 weibliche, zusammen 146 Personen; gestorben sind 41 männliche, 36 weibliche, zusammen 77 Personen, darunter an Diphtherie und Grippe 2. Die Zahl der Zugezogenen betrug 791, die der Fortgezogenen 728. Die Bevölkerungszahl am 23. November stellte sich folgendermaßen: Altstadt 92 195, Wilhelmstadt 23 035,

Friedrichstadt mit Werber 9624, Sodenburg 30 989, Neustadt 47 058, Buckau 25 059, zusammen 227 960 Personen (118 082 männliche, 114 878 weibliche), gegen die Vorwoche mehr 123 Personen. —

— **Über das neue Kommunalwahlgesetz sprach am Dienstag Abend in einer spärlich besuchten Versammlung im Gartencafé des Hotels "Weißer Bär" Herr Stadtrat Kaiser. Nach Abzug einiger Gäste hatten es im ganzen 22 Mitglieder des städtischen Vereins (int'l. Vorstand) für nötig gehalten, sich über das gerade für Magdeburg jetzt so aktuelle Thema Belehrung zu verschaffen. Da der Referent gleich zu Anfang seiner Ausführungen betonte, nur über die Bedeutung und die Vorgeschichte des neuen Kommunalwahlgesetzes vom 30. Juni 1900 sprechen zu können, die praktische Seite aber nicht berühren wolle, wurde allerdings ein Teil der Anwesenden, die erschienen waren in der Annahme, vom Referenten die Auseinandersetzung des Magistrats zu erfahren, enttäuscht. Herr Stadtrat Kaiser gab zunächst einen Überblick über die Vorgeschichte und den Entwicklungsprozeß, welchen das neue Gesetz durchzumachen gehabt hat. Der plutoistische Charakter des Dreiklassenwahlsystems, nach der Meinung des Referenten erst bewirkt durch die Verschiebung der Besitzverhältnisse, wurde von ihm besonders hervorgehoben. Redner verweist auch darauf, daß schon bei Veratung des neuen Gesetzesvorschlags im preußischen Abgeordnetenhaus die Frage der Möglichkeit der Verstärkung des Einflusses der Sozialdemokratie in den Kommunen eine große Rolle gespielt habe. Eine Frage, die auch dadurch ihre Erledigung nicht fand, daß im § 2 des Gesetzes bestimmt wurde, daß in Gemeinden mit über 10 000 Einwohnern durch Ortsstatut ein anderes als das sogenannte einfache Durchschnittsprinzip, nämlich der $\frac{1}{2}$ -fache Durchschufl oder das System der Zwölftelung festgestellt werden kann. Nachdem der Referent die einzelnen Paragraphen auf ihre Pragewicht geprüft, schloß er seine Ausführungen mit dem Bedauern, eine Klärung der Frage: Welches System bei uns zur Anwendung kommen soll, durch praktische Vorschläge nicht herbeiführen zu können. Eine Diskussion wurde nicht gewünscht. Wie Herr Justizrat Steiner sprach sein Bedauern darüber aus, daß der Referent das Interessanteste eigentlich nicht gesagt habe, nämlich wie sich der Magistrat der Stadt Magdeburg in dieser Frage stelle. Da Herr Stadtrat Kaiser Mitglied des Magistratskollegiums sei, so sei dieses allerdings erklärlich.**

— Im zweiten Punkt gab Herr Landgerichtsrat Gladewald einen Überblick über die Entstehung und den gegenwärtigen Stand der Differenzen, die zwischen den 10 Altstädtischen Kirchengemeinden und dem Magistrat der Stadt Magdeburg infolge des Erlasses der neuen Begräbnisordnung ausgebrochen sind. Nach kurzer Diskussion, in der sich ein Teil der Redner für, ein Teil gegen die Berechtigung der Kirchengemeinden, Grabstellengebühr noch zu beziehen, ausgesprochen, trat Schluss der Versammlung ein. —

— **Erschreckt die Kinder nicht!** Erst dieser Tage haben wir darauf hingewiesen, welche schlimmen Folgen vielfach seitliche Sitte, Kinder durch Erschrecken einzurichten, zeitigen kann. Folgendes bedauerliches Vorkommen in Ludwigshafen veranlaßt uns zur Erneuerung vorstehenden Mahnens. Um ihre Kinder ein wenig einzuschüchtern, stellte die Frau des Bäckermeisters Henkel der Kleck Mupprecht vor. Ihr vierjähriges Söhnchen geriet darüber in solche Aufregung, daß es alsbald an Herzschlag verschied. —

— **Verpachtung von Gartenparzellen beim Vogelgesang.** Von dem zwischen dem Vogelgesang, dem Fort VII und der Verlängerung der Kastanienstraße belegenen städtischen Gelände, wird jetzt auch der nördliche, ungefähr 16 Morgen große II. Teil in 69 kleine Gartenparzellen eingeteilt, welche vom 1. November 1901 ab auf sechs Wirtschaftsjahre verpachtet werden sollen. Die Verpachtung bedingt nunmehr werktäglich in der Zeit vom 12. bis 19. Dezember ds. Jrs. während der Dienststunden im Neustädter Rathaus zu jedermanns Einsicht ans. Pacht-Offerten werden dasselbe entgegengenommen. —

— **Strasseureinigungspflicht.** Die "Magd. Ztg." schreibt: Die Anlieger der Höhenvorstadt und Nogäherstraße in der Alten Neustadt halten sich nicht für verpflichtet, die Reinigung dieser Straßen nach Maßgabe der hiesigen Straßeneinigungsordnung und des Ortsstatuts vom 4. Juli 1882 zu bewirken. Sie erachten die Stadtgemeinde als Rechtsnachfolgerin der Kommune Neustadt für reinigungsverpflichtet, weil letztere obsoletenmäßig die beiden Straßenzüge jahrzehntelang vor der Inkorporierung stets gereinigt habe. Die Stadt bestreitet das Entstehen einer Obstruktion und lehnt die Reinigungspflicht ab. Zu erster Instanz haben zwei in Polizeistraße genommene Hauseigentümer ein obliegendes Urteil erzielt, und nunmehr wird in Kürze die hiesige Straße in der Sache ihre Entscheidung fassen. Wie wir unserer Zeit berichteten, wird die höchststünzliche Entscheidung des Kammergerichts über die Frage der Reinigungspflicht herbeigeführt werden. —

— **Schuhmann Klemann vor Gericht.** Die seiner Zeit von uns ausführlich beschriebene Affäre, in welcher Schuhmann Klemann eine wenig rühmliche Rolle spielt, beschäftigte gestern das hiesige Landgericht. Wir lassen den Thatbestand hier folgen: Der Schuhmann August Klemann hier, geboren 1864, ist wegen gefährlicher Körperverletzung angeklagt. Nach den Feststellungen der umfangreichen Verhandlung war er am 8. November dieses Jahres dienstfrei, trug aber Uniform und lehrte abends 10 Uhr in angetrinktem Zustande in der "Burghalle" ein, wo er sich an einem Tisch setzte und ein Glas Bier bestellte. Zu ihm gesellte sich der 25 Jahre alte Arbeiter Johann Hethke, der drohend antrat. Klemann habe ich durch eine Anzeige schon mal um 5 Mark gebracht und dabei Schimpftreden gebraucht. Der Wirt Thiering trat hinzu und forderte Hethke, der ebenfalls angetrunken war, auf, sein Losal zu verlassen. Da er nicht gleich ging, geriet Klemann, der sich geärgert hatte, mit ihm aneinander und beide fielen zur Erde. Klemann entfernte sich darauf und Hethke folgte ihm. In der Katharinenstraße paßte angeblich der Angeklagte den Hethke an, wußt ihn zur Erde, schlug ihn und ging dann weiter nach seiner Wohnung, Bandstraße 8. Hethke folgte ihm auch dorthin, um sich zu überzeugen, ob er dort auch wirklich wohne und stieß die Haustür auf. Dabei bemerkte er, daß ein junger Mann in der

unteren Wohnung zum Fenster hinaussah, der ihm auf Befragen erklärte, der Beamte wohne im Hause. Trotzdem stieß Hethke die Haustür zum zweiten Male auf und erhielt nun einen Schädelstrich gegen den Kopf, der die Höhe durchbohrte und dem Hethke eine oberflächliche Hautverletzung brachte. Nachdem Klemann ihn auf der Straße auch noch mit den Fäusten bearbeitet hatte, begab sich Hethke nach dem fünften Polizeirevier, Breiteweg 88, fand sich aber dort nicht zurück. Als er wieder auf die Straße trat, stand Klemann da, stieß ihn zur Erde und schlug ihn mit den Fäusten. Er richtete sich wieder auf, wollte flüchten und wurde schließlich von einem anderen Schuhmann, der brauchen Dienst hatte und glaubte, Hethke sei verhaftet, festgehalten und in Gemeinschaft mit Klemann in die Haustür des Reviers gebracht. Hier schlug Klemann von neuem auf Hethke los und trat ihn mit den Fäusten, so daß er blutete und um Hilfe rief. Hethke hatte eine leise Knieverletzung davon getragen und mußte nach dem Krankenhaus geschafft werden, wo er einige Tage zubrachte. Nach dem ärztlichen Gutachten war das leise Knie angezwockt und es hatte wahrscheinlich durch einen Stoß oder Fall ein Bluterguß darin stattgefunden. Klemann beschreibt den Verleger im Krankenhaus, um ihn von einer Anzeige abzuhalten und schenkte ihm 3 Mark. Nach der Entlassung aus dem Krankenhaus zog er Klemann in der Wohnung auf, der ihm nochmals 3 Mark schenkte, und ihn ersuchte auszusagen, er kenne den Schuhmann nicht, der ihn verletzt habe. Dabei sollte er auch verbleiben, selbst wenn ihm ein Schuhmann vorgestellt werde. Der Richter erachtete nur den Schuhmann als schuldig, sowie die späteren Maßnahmen für erwiesen, auch nicht für festgestellt, daß die Knieverletzung durch die Misshandlung des Angeklagten erfolgt ist. Da kein Strafantrag gestellt war, konnte daher die Bestrafung nur wegen des Schädelstrichs erfolgen. Das Urteil lautete unter Abstimmung mildernder Umstände auf 50 Mark Geldstrafe ev. 10 Tage Gefängnis. Klemann wurde sofort aus der Haft entlassen. —

— **Ein Dachkammerbrand** entstand am Mittwoch früh 4 $\frac{1}{4}$ Uhr im Hause Rothekrebsstraße 29/30. Die Feuerwehr saß bei ihrem Eintreffen auf der Brandstelle einige Bodenkämmern und den darüber befindlichen Dachstuhl des Vorderhauses brennend vor. Ein Dienstmädchen, welches oben schlief, konnte noch rechtzeitig geweckt werden. Nach einstündiger Thätigkeit der Feuerwehr konnte mit den Aufräumungsarbeiten begonnen werden. Drei Bodenkämmern mit den darin befindlichen Betten, sowie ein Teil des Dachstuhls sind vom Feuer zerstört worden. Da die Bodenkämmern, in denen das Feuer entstand, gemauerte Wände haben und nicht bewohnt sind, ist die Entstehungsursache rätselhaft. —

— **Eine „Großfeuer“-Meldung** rief am Dienstag abend gegen 10 $\frac{1}{2}$ Uhr die Feuerwehr nach der Schöneckstraße 18. Dorfels war auf dem Hinterhof des Gathofs "Zum Weinstock" das Feuer im Brand geraten. Ein Kommando der Hauptwache griff den Brandherd vom Hof aus mit einer Schlauchleitung an. Nach ca. einstündiger Thätigkeit war die drohende Gefahr beseitigt. —

— **Überfahren** wurde am Dienstag mittag an der Ecke der Ulrichstraße und des Breiteweg ein Arbeiter. Der unvorsichtige Kutscher fuhr schlüssig von daimen, ohne sich nach dem Überfahrenen umzusehen, der glücklicherweise mit leichten Verletzungen davongekommen zu sein scheint. —

— **Durchgegangen.** Heute vormittag hatte der Maurer Franz Heinrich aus der Sodenburg den Schlachthof und Viehhof mit einem Gefährt verlassen und war im Bereich seiner Wohnung zu Fußfahren. Als er den Bahnhofsvorhang der Sodenburger Eisenbahnstrecke passieren wollte, schenkte plötzlich das Pferd seines Wagens und raste über die Straße davon. Der Maurer wurde bei dieser wilden Fahrt in den Wagen geschleudert und zog sich bedauerlicherweise einen Unterleibsschaden zu. Der Verunglückte wurde in die Sodenburger Krankenanstalt gebracht. —

— **Aus dem Bureau des Stadt-Theaters** wird uns geschrieben: Eine der herrlichsten Freuden unter den Weihnachtsbelebungen unserer lieben Kinderwelt, wovon die kleinen Phantasien schon lange vorher und noch lange nachher schwärmen, ist natürlich der Besuch des Weihnachtsmärchens, der Besuch der Nachmittags-Vorstellungen, welche die Direktion des Stadt-Theaters alljährlich in der Zeit vor und nach dem Weihnachtsfest veranstaltet. Und in Rücksicht auf die Thattheile, daß unsern Kindern nichts so sehr ans Herz gewachsen ist, als unsere süßen Volksmärchen, die Direktion für die diesjährigen Weihnachtsaufführungen eines der populärsten dieser Märchen ausgewählt, "Sneewittchen und die sieben Zwerge". Welches Kind kennt nicht das wirtlich schöne "Sneewittchen" (Schneewittchen), die böse Stiefmutter, den verhängnisvollen Apfelbiss, den guten Prinzen mit seinem königlichen Hoffstaat usw. Die Proben sind schon so weit vorgeschritten, daß schon in der nächsten Woche die Aufführung stattfinden wird. Das Märchen geht in der Görresischen Bearbeitung in Szene, welche auch den Humor desselben in den Gestalten des sommigen Hoffstages zur Geltung bringt. Es dürfte interessieren, daß Herr Regisseur Schmitt, welcher das Weihnachtsmärchen in Szene setzt, der erste gewesen ist, welcher unter den Augen des Märchendichters Görner selbst "Sneewittchen" in Szene gesetzt hat. —

— **Provinz und Umgegend.**
Westerhüsen, 10. Dezember. (Diskutieren abende.) Die Parteigenossen von Westerhüsen und Salbke werden daran hingewiesen, daß vom Kreisverein Leitz und Diskutierabende angekündigt werden. Dieselben finden vorläufig jeden Mittwoch abend von 8 Uhr ab im Lokale des Herrn Erxleben in Fermersleben statt. Für anregenden und belehrenden Stoff wird stets gesorgt werden, so daß den Genossen der Besuch dieser Abende sehr empfohlen werden kann. —

— **Gommern**, 10. Dezember. Mehrere Arbeiter im Dr. J. Schlagmannschen Steinbruch waren damit beschäftigt, eine entgleiste Lorenz wieder einzufahren, welche mit ca. 70 Centner Steinen beladen war. Als die Lorenz vermittelst einer Winde so weit gehoben war, daß die Arbeiter dieselbe mit einer Eisenbahnschiene durch seitliches Drängen wieder ins Gleis legen wollten, entglitt die Winde, die Lorenz und Schiene schlugen nieder, wobei dem Arbeiter Otto Schönenmann aus Gommern ein Fuß gequetscht wurde. Der Bedauernswerte mußte, da es ihm unmöglich war, allein zu gehen, per Wagen nach seiner Wohnung geschafft werden. Der Wagen war mit Steinen beladen, und mußte derselbe, um zu seinem Bestimmungsorte zu gelangen, durch Gommern fahren, jedoch nicht direkt durch die Straße, in welcher der Verunglückte wohnt. In Anbetracht dessen fragte nun der v. Schönenmann den Bruchmeister, wer ihn in Gommern nach seiner Wohnung schaffen sollte, da er ja doch nicht dazu allein imstande sei. Darauf erhielt er die lakonische Ant-

wort: "Es werden ja doch wohl ein paar Kinder da sein, diese kommt Du ja dann heranrufen!" — Das Bewußtsein der Menschheit scheint den Bruchmeister noch nicht allzu stark ergriffen zu haben. Vermutlich befand er sich noch nicht in solch bedauernswerter Lage, wie jener Arbeiter. Wir sind überzeugt, daß der Bruchmeister sicherlich nichts dagegen eingewendet hätte, wenn auf Anordnung des betr. Bruchmeisters ein Mann zur Unterstützung des Verunglückten mitgeschickt wäre. —

— **kleine Nachrichten aus dem Lande.** In Duderstadt hatte die Arbeiterin H. das Unglück in der Baderfabrik, woselbst sie für ihre sieben Kinder arbeitete, sich so arg an den Füßen zu verbrühen, daß sie mit dem Siechenkorbe nach Hause geschafft werden mußte. Vor etlichen Jahren vergnügliche der Mann derselben und starb an den Verletzungen. — Die elektrische Straßenbahn durch Alsfeld lebt nach Winningen und Hecklingen scheint nun doch zur Aussicht kommen zu wollen. In der Stadtverordnetenversammlung zu Alsfeld lebte am kommenden Freitag wird über die Übernahme der Zinsgarantie beraten werden. — Er hängt hat sich in Bielefeld am Freitag an einem Baum ein gewisser Erangott Kühlung aus Bielefeld. Die Motive sollen längere Krankheit gewesen sein. — In einem Hotel Leipzig's hat sich Dr. med. Marie aus Hildberg vergriffen. — In der Leibnizstraße in Leipzig wurde in vergangener Nacht ein Student der Zahnheilkunde bei einem Einbruch erfaßt, den er im Zimmer eines jüngsten Kommunisten versteckt. —

kleine Chronik.

Ein Raubmord

ist Montag abend im Grundstücke Kleine Fleischergasse 11 in Leipzig an der am 7. Juni 1858 in Flößberg geborenen Fräulein Emilie Bertha Vorhögl begangen worden. Die Ermordete, die nicht verheiratet war, hatte in dem genannten Grundstücke ihren Laden. Dort wurde die bedauernswerte Person vorgestern abend in der 11. Stunde bei einem Sturm ums Leben gebracht. Die Leiche wurde die ganze Nacht über aufgebahrt und mit einem schweren, scharfen Gegenstande, vermutlich einem Beile, mehrmals sehr wuchtig auf den Kopf geschlagen worden, da die ganze Scheide der Ermordeten zertrümmert ist. Die überfallene lebte noch, als man sie aufstand; sie ist jedoch an den Folgen der ihr beigebrachten schrecklichen Verletzungen bald nach ihrer Überführung in das Krankenhaus verstorben. —

Anhaltendes Regenwetter

bewirkte ein rapides Steigen einzelner Nebenflüsse des Rheines. Die Höhe stieg in ihrem Oberlauf seit Sonntag um 2 Meter, so daß abermals weite Strecken überflutet sind. — Die Wupper führt erneut Hochwasser und zeigt wiederum zahlreiche Werke außer Betrieb. Oberhalb Solingens stehen mehrere Ortschaften unter Wasser; der Ort Mohlsdorf gleicht einem See. Die Einwohner befanden sich bei dem Sturm am Montag in großer Gefahr. Die Fernsprechleitungen nach den größeren Plätzen Nord- und Süddänemarks sind alle zerstört. Das Unwetter wütete derart, daß die Schifffahrt auf dem Rhein eingestellt werden mußte. —

— **Neben einer entsetzlichen Mordthat** wird der "Schlef. Ztg." aus Unna gemeldet: In Niedersachsen hat ein Auszügler den Ehemann seiner Tochter im Bett überfallen, dem Schlafenden einen Strick um den Hals gelegt und ihn so durchs Haus geschleift. Als der Schwiegerohn zur Rettung kam und Widerstand leistete, eilte die Tochter ihrem Vater zu Hilfe und beide ergreiften den sich verzweifelten Mann. Dann hängten sie die Leiche an die Decke des Kellerwohnungsbalkons. Beide sind bereits verhaftet und haben die That eingestanden. —

— **kleine Tageschronik.** Auf der Bühne "Friedrich-Ernsttheater" bei Steppenbergs verunglückten Montag mittag beim Zubereiten einer neuen Bremse 6 Bergarbeiter, die in die Förderstube gestiegen waren, um das Gewicht zu erhöhen, durch Aufstoßen der Förderstube. Bei der Arbeiter wurden schwer verletzt. — Bei der Sprengung der Sprengmasse in einem Kalibrohr bei Bartsch in Halberstadt am Sonntag eine Dynamitpatrone versprang. Während man nun zum Schlag eines neuen Bohrlochs eilte, entzündete sich plötzlich die Patrone, wobei 7 Arbeiter schwer verletzt wurden; einer ist bereits gestorben. — Infolge des im Kanal und einem Teile Englands herrschenden Sturmes werden zahlreiche Schiffsunfälle gemeldet. Die französische Bark "Gipsy" ist total wrack geworden; die Mannschaft wurde von einem Rettungsboot der Station Lorient aufgenommen. Der Kutter "Douglas" sollte mit dem Dampfer "Australia" und wurde so schwer beschädigt, daß er auf der Stelle sank. Acht Personen kamen dabei ums Leben. — Im russischen Gouvernement Ufa wurde vorgestern um 3 Uhr nachmittags ein Schwanen des Gräbodens und unterirdisches Geiste während einer halben Minute verspürt. — Wegen Eis im Jowisch-Meer haben die Dampfer der Russischen Dampfschiffahrtsgesellschaft ihre Fahrten zwischen Odessa und den Asowschen Häfen eingestellt. — Eine Massenverhaftung stand auf dem Dampfer "Siegfried" in Hamburg statt und zwar wegen Güterberaubung. Der größte Teil der Mannschaft, insgesamt 22 Personen, wurde verhaftet. —

Eingesandt.

Für diese Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.)

Thue recht und schene niemand.

Der "Weihnachts-Anzeiger" für die Gemeinden Fermersleben, Salbke, Westerhüsen usw. berichtet in seiner Nummer vom Donnerstag in einem langatmigen Artikel den alten deutschen Spruch: "Thue recht und schene niemand", um endlich auf den Rudels Stern zu kommen, nämlich eine abfällige Kritik an den Handlungen des Vorstandes der Allgemeinen Ortsfrankenkasse in Salbke zu über. In der Hauptrede richtet sich jener Artikel gegen mich als Vorständen, der ich für die geschäftlichen Handlungen genannter Kasse verantwortlich bin. Dem Herausgeber des "Weihnachts-Anzeigers" und dem Verfasser braucht ich wohl nicht erzählt zu verjüngen, daß mir der erwähnte Spruch während meines ganzen Lebens zur Richtschnur gedient hat; gerade aber dieser Leitfaden ist bestimmung für mich gewesen, der Kasse so viel wie möglich Vorteile zuzuführen. Die in Frage kommenden Druckschriften sind allerdings von auswärts (in fabelhafter Ausführung) geliefert, aber 30 Prozent billiger als hier am Orte. In solchen Fällen, meine ich doch, daß es im Interesse der Kasse gehandelt war, wenn wir aus dem Orte herausgingen, während ich sonst selbstverständlich dem Grundsatz huldige, das Geld im Orte zu lassen. Persönlich habe ich mich sogar für die im Orte befindliche Druckerei verwandet, doch wurde mit von verschiedenen Seiten entgegehalten, daß alle bisher hierorts gemachten wiederholten Versuche nicht zur Zufriedenheit ausgefallen seien, auch müßten wir darauf hinweisen, den uns so oft gemachten Vorwurf, die Beiträge würden

läßt sich kaum voraussagen. Das Centrum hat zur Wahl der Freisinnigen aufgefordert, die Nationalliberalen dagegen haben es abgelehnt. Da auch beim Centrum keine große Begeisterung für die Freisinnigen besteht, so ist im Hinsicht auf den großen Vorsprung Quarcks ein Sieg unseres Genossen nicht unmöglich. Wünschen wir es, Quarck würde ein höchst schwärmwerte Verstärkung unserer Reichstagsfraktion bedeuten. —

München, 10. Dezember. Vor einiger Zeit hat der Bauernbündler Gilpert im Vortrage unseren Genossen Gabriel Löwenstein, das älteste Mitglied des Hauses, ohne Anlaß schwer beleidigt, ohne dafür vom Präsidenten von Orterer zur Ordnung gerufen zu werden. Selbst bürgerliche Blätter und Parlamentarier verurteilten dies Verhalten des sonst mit Ordnungsruhen recht freigiebig um sich werfenden Präsidenten auf das schärfste. Dies Zureden hat geholfen. Wie wir in der „Münch. Post“ lesen, hat zum Beginn der gesetzlichen Sitzung der Abgeordnetenkammer Dr. v. Orterer den Bauernbündler Gilpert wegen seiner pöbelhaften Anrepelung unseres Freundes Löwenstein nachdrücklich zur Ordnung gerufen.

Wir erkennen offen an, daß der Herr Präsident, unter scheinlicher Vermeidung jedes begreiflichen Eigenstolzes, damit eine Angelegenheit loyal aus der Welt geschafft hat, die wie keine andere geeignet war, auf die Objektivität seiner Geschäftsführung eine schlimmen Schatten zu werfen. —

Niederlande.

Belgien.

Progressive Einkommensteuer. — Die sozialdemokratische Büro-Interpellation.

ac. Einen Gesetzentwurf, der die Einführung der progressiven Einkommensteuer verlangt, haben die Sozialisten und Radikalen in der belgischen Kammer eingebracht. Darauf sollen alle dauernden und zeitweiligen Einkommen aus Immobilien und flüssigem Kapital, als Renten, Hypotheken, Staatspapieren, Obligationen aller Art, sowie die Einkommen aus industriellen und gewerblichen Anlagen in progressiver Form einer Steuer unterworfen werden. —

In der Repräsentantenkammer fand gestern die Befreiung der Interpellation des sozialistischen Deputierten Vandervelde über die südafrikanischen Konzentrationslager statt. Die Tribünen waren überfüllt; unter den Zuhörern bemerkte man die Gemahlin des Präsidenten des Orange-Freistaates Steyn sowie die Gemahlinnen von Louis und Moritz Botha. Vandervelde rief das Mitgefühl der Kammer an für die Nichtkombattanten, Greise, Frauen und Kinder, und sagte, er handele ohne feindseliges Gefühl England gegenüber, denn seine Frau sei Engländerin und sein Schwager kämpfe in Südafrika unter Kitchener. Der Minister des Auswärtigen erwiderte, die Regierung könne nicht intervenieren und eine Initiative nicht ergreifen, da England eine Intervention nicht annehme. Die Abstimmung wurde auf heute vertagt. —

Italien.

Erichnung eines Arbeitsamtes. — Ehescheidungsgesetz. — Turatis Demission.

ac. Das Gesetz betreffend die Errichtung eines Arbeitsamtes gelangte in der Kammer, wie vorauszusehen, mit nicht sehr wesentlichen Abänderungen, und zwar mit 174 gegen 68 Stimmen zur Annahme. Die sozialistischen Abgeordneten versuchten, eine stärkere Vertretung der Landarbeiter, sowie der Hafenarbeiter und Seelente herbeizuführen. Den Seelenten wurde ein besonderer Vertreter zugebilligt, den die Unterstützungsvereine, welche zwei Vertreter haben sollten, abzugeben haben. Insgesamt werden 15 Arbeiter 25 Deputierten, Senatoren, Vertretern des Unternehmertums usw. gegenüberstehen. Das herauszugebende Bulletin wird an Arbeitervereinigungen, die es verlangen, gratis verteilt werden. Die für das Amt im Budget eingestellte Summe beträgt nicht 100 000 Frank., wie im Entwurf vorgesehen war, sondern nur 50 000 Frank.

Es gelangte sodann eine Resolution zur Annahme, in welcher die Mitarbeit des Arbeitsamtes bei der internationalen Vereinigung für Arbeiterschutz beschlossen wurde.

In der Kammer wird zur Zeit ein Ehescheidungsgesetz beraten. Nach dem Stande der gegenwärtigen Gesetzgebung ist eine Ehescheidung in Italien nicht möglich. Der vorliegende Gesetzentwurf sieht Ehescheidungen vor, wenn der eine der Ehegatten wegen gemeinsamer Verbrechen zu Zuchthausstrafe verurteilt worden ist, ferner im Falle einer Geisteskrankheit, die sich als unheilbar herausstellt. Hat eine freiwillige Trennung fünf Jahre gedauert, so kann ebenfalls eine gesetzliche Ehescheidung eintreten. —

Turatis Demission gelangte der Kammer durch einen Schreiben Turatis zur Kenntnis. Der fraktionslose linksliberale Abgeordnete Pantano hob Turatis glänzende Eigenschaften als Deputierter hervor und beantragte, die Kammer möge beschließen, die Demission nicht zu acceptieren. Nachdem der sozialistische Abgeordnete Costa aber versichert hatte, daß der Entschluß Turatis ein unumstößlicher sei, zog Pantano seinen Antrag zurück. —

Niederlande.

Die Affaire der Besiedlung des deutschen Konsulats in Warschau

scheint, wie der „Local-Anzeiger“ aus Petersburg meldet, für die Polen noch verhängnisvoll werden zu sollen. Es heißt, daß Briefschaften zu Warschau in den Händen einiger Polen gefunden wurden, die höchst kompromittierenden Inhalt betreiften des Vorgehens gegen die russische Regierung gewesen sind. Die kriegerische Kreise sprechen von einer Gärung, die sich gegen Russland beiderbar mache, doch heißt man, daß das gefundene Material lediglich dem Gehirn einiger Unbesonnener entsprungen sei. —

Südafrika.

Dewet ist wieder da!

Aus Pretoria, 9. Dezember, wird gemeldet: Dewet griff mit 200 Mann bei Heilbron die halbtrügade Wilson an und warf dieselbe nach heftigem Kampfe, trotzdem Rimingtons Schüsse ihr zu Hilfe eilten. Wilsons Aufgabe war, Dewets Marsch nordwärts um jeden Preis aufzuhalten. Eng-

lische Verluste 2 Offiziere und 11 Mann tot, einige 180 verwundet. Dewet überbrückte den Gaalfluss und rückt gegen Johannesburg vor, seine Vereinigung mit Delarey steht bevor. —

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Die Gewerkschaften und Genossenschaften Englands haben beschlossen, am 14. und 15. Januar 1902 in London eine Konferenz abzuhalten, um einen Plan bezw. einen Gesetzentwurf betreffend Alterspensionen auszuarbeiten. —

ac. Die Zahl der französischen Streiks im Oktober ist nach den Berichten des „Bulletin“ eine sehr geringe gewesen. Danach haben 40 Streiks stattgefunden, an denen nur 2160 Personen beteiligt waren. Im Oktober des vorigen Jahres waren 69 Streiks zu verzeichnen. 34 von den 40 Streiks erstreckten sich auf nur je einen Betrieb. Auch die Dauer der Streiks war eine sehr geringe; 85 waren innerhalb bezüglich nach Ablauf des ersten Tages bereit wieder beendet. Von den 38 im Monat Oktober beendeten Streiks verließen für die Arbeiter 11 günstig, 14 endeten durch Vergleich und 13 gingen verloren. —

Der Centralverband der Glaser Deutschlands beschäftigt mit dem Glaserverband der Schweiz einen Gegenseitigkeitsvertrag bezüglich der Reise- und Arbeitslosen-Unterstützung abzuschließen. Derselbe soll am 1. Januar 1902 in Kraft treten und gilt zunächst auf ein Jahr. Die Kündigung kann an jedem 1. Oktober mit Wirkung auf den darauf folgenden 1. Januar erfolgen; kündigt keine der in Frage kommenden Organisationen, so gilt der Vertrag als um ein Jahr verlängert. Bezüglich der Reiseunterstützung ist eine Karenzzeit von 26 Wochen, für die Arbeitslosen-Unterstützung eine solche von 3 Jahren festgesetzt. —

Zur Rechts Gültigkeit der Verfrommungs-Verordnungen.

Der „Vorwärts“ schreibt:

Wiederholte haben wir darauf hingewiesen, daß die Polizeiverordnungen, welche die Abschaltung von öffentlichen Versammlungen am Bußtag und Chorfesttag sowie während der Hauptgottesdienst am Sonn- und Feiertagen verbieten, rechtsgültig sind. Solche Polizeiverordnungen verstossen gegen Art. 29 und 30 der Verfassungsurkunde. Das haben wir bereits im Jahre 1898 nach Erlass der Polizeiverordnung des Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg in den Jahren 1896 und 1898 ausführlich dargelegt. Im Gegensatz zu unserer Ansicht nahm jedoch das Kammergericht unter dem 8. April 1897 und das Oberverwaltungsgericht am 9. April 1899 an, solche Polizeiverordnungen seien rechtsgültig. Diese irre Ansicht ist in diesem Jahre, wie wir seiner Zeit mitteilten, am 22. April und neuerdings am 5. November vom Kammergericht aufgegeben worden. Das Erkenntnis des Kammergerichts, das die Richtigkeit unserer Ansicht ausführlich darlegt, ist im Jahrbuch der Entscheidungen des Kammergerichts, Band 22, S. 80—71 ausführlich begründet. Mehrere Verwaltungsbehörden wollen dennoch die Rechts Gültigkeit jener Polizeiverordnungen behaupten. So hat der Polizeipräsident von Berlin eine vom Genossen Wünsch auf den 28. April anberaumte Versammlung für die Dauer des Hauptgottesdienstes verboten. Gegen dieses Verbot ist das Verwaltungsstreit-Vorfahren eröffnet. In diesem hat der Oberpräsident die Rechts Gültigkeit seiner Verordnung fortlaufend behauptet. Wünsch hat deshalb im September Klage gegen den Oberpräsidenten beim Ober-Verwaltungsgericht erhoben. Termin wird in nächster Zeit zu erwarten sein. Bei der großen Wichtigkeit dieses Rechtsstreites für das politische und gewerkschaftliche Vereinsrecht erscheint es angebracht, die in dem Erkenntnis des Kammergerichts niedergelegten Grundsätze wiederzugeben. Dieselben gehen dahin: a) Die vom preußischen Vereinsgesetz umfaßten Versammlungen unterliegen als solche (in ihrer Eigenschaft als Versammlungen) polizeilichen Beschränkungen nur insofern, als das Vereinsgesetz selbst derartige Beschränkungen gefestet. Dies gilt namentlich über alle Beschränkungen im Interesse der öffentlichen oder geistlichen Ordnung, wozu die äußere Heiligkeit der Sonn- und Feiertage zu rechnen ist. b) Deshalb dürfen wohl die in den §§ 9, 10 des Vereinsgesetzes genannten Versammlungen (öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel, öffentliche Aufzüge) und diejenigen Zusammenkünfte, welche vom Vereinsgesetz und dem Art. 29, 30 der Verfassung nicht umfaßt werden (öffentliche Aufzüge, Leiter, Konzerte usw.) im Interesse der äußeren Sonntags Heiligkeit polizeilichen Beschränkungen unterworfen werden, nicht aber diejenigen, welche unter § 1 des Vereinsgesetzes und Art. 29, Abs. 1 der Verfassung fallen, nicht also Versammlungen in geschlossenen Räumen, in welchen öffentliche (oder private) Angelegenheiten erörtert oder beraten werden sollen. c) Diese letzteren Versammlungen unterliegen volizeilichen Verbots im Interesse der Sonntags Heiligkeit auch deshalb nicht, weil sie nicht die äußere, sondern höchstens die innere Sonntags Heiligkeit zu stören gedenkt sind. — In dem Verwaltungsstreitverfahren hat nun das Oberverwaltungsgericht auszuprüfen, ob es diesen Darlegungen sich anschließt. Thut es dies, so ist zu erwarten, daß die ungültigen Verfrommungsverordnungen endlich außer Kraft gesetzt werden. Stellt es sich auf einen anderen Standpunkt, so kann ein Ausspruch des Reichsgerichts dadurch herbeigeführt werden, daß öffentlich zum Ungehörigen gegen die vom Kammergericht wiederholt für ungültig erklärt Polizeiverordnungen aufgefordert wird. Sobald Termin in dem schmiedenden Verwaltungsstreit-Vorfahren anberaumt sein wird, werden wir unser Leser in Kenntnis setzen. —

Gerichts-Zeitung.

Landgericht Magdeburg.

Sitzung vom 10. Dezember 1901.

Der Kassierer Max Kramer hier, geboren 1855, war seit dem 1. November 1887 bei dem Lotterie-Kollekteur Schreiber beschäftigt und bezog jährlich anfangs 1500 Mark, zuletzt 3000 Mark Gehalt. Er war von vornherein ungemein und entnahm fortgesetzt aus der Kasse seines Chefs Gelder, die er für sich verbrauchte. Als die Entdeckung erfolgte, brachte er unter schlafene Summe 19 000 Mark. Der geständige Angeklagte erhielt 1 Jahr 6 Monate Gefängnis und 3 Jahr Chorverlust. — Der schon öfter vorbestrafte Steuerer Karl Fahr aus Burg, geboren 1876, stahl am 17. August d. J. hier aus der Wohnung des Privatmanns Becker auf dem Werder angeblich einen Winterüberzieher. Er wurde zu 9 Monaten Gefängnis, sowie 3 Jahren Chorverlust verurteilt. — In nichtöffentlicher Sitzung wurde der vorbestrafte Arbeiter Andreas Hesse zu Althaldensleben, geboren 1864, wegen versuchten Sittlichkeitsverbrechens zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. —

Südafrika.

Dewet ist wieder da!

Aus Pretoria, 9. Dezember, wird gemeldet: Dewet griff mit 200 Mann bei Heilbron die halbtrügade Wilson an und warf dieselbe nach heftigem Kampfe, trotzdem Rimingtons Schüsse ihr zu Hilfe eilten. Wilsons Aufgabe war, Dewets Marsch nordwärts um jeden Preis aufzuhalten. Eng-

lische Verluste 2 Offiziere und 11 Mann tot, einige 180 verwundet. Dewet überbrückte den Gaalfluss und rückt gegen Johannesburg vor, seine Vereinigung mit Delarey steht bevor. —

Vereine und Versammlungen.

Im Magdeburger Naturheilsverein „Technik“ spricht am nächsten Donnerstag, abends 8½ Uhr, im Saale des „Blauen Hecht“ (Berlinerstraße) Herr Kloese über den „Blutkreislauf und die Wirkung des Wassers auf denselben in den verschiedenen Anwendungssformen der Naturheilkunde.“ Zu diesem Vortrage steht Eintritt frei

Zehnte Nachrichten.

(„Herold“, Deutschen-Bureau.)

Wien, 11. Dezember. Das Kartell zwischen den österreichischen Eisenkonstruktions-Fabriken wurde erneuert. —

Haag, 11. Dezember. Aus Anlaß der Rückkehr der Königin Wilhelmine und des Hofstaates vom Schloß Loo nach hier werden feindliche Kundgebungen gegen den Prinzgemahl befürchtet, da sich trotz aller offiziellen Dementis die bekannten Gesänge erhalten. —

Berlin, 11. Dezember. Dem „Local-Anzeiger“ wird aus London despatchiert, Sir Campbell Bannerman habe in einer gestern abend gehaltenen Rede einen schärfen Augriff auf die Regierung, deren Methoden in Südafrika nicht zum Ziele führen würden. Ihre Art der Kriegsführung sollte auf Grund der Humanität von keiner civilisierten christlichen Nation gegen eine andere angewandt werden. Redner forderte schließlich zur Abberufung Milners auf. —

Paris, 11. Dezember. Der Gerichtshof verurteilte den Verleger der „Aurore“ wegen Verleumdung eines Majors des 90. Regiments zu 2 Monaten Gefängnis und 3000 Frank Geldstrafe. —

Berlin, 11. Dezember. Der Gefreite Nowack vom 2. Bataillon des 2. Ostatistischen Infanterie-Regiments wurde gestern vom Kriegsgericht der 1. Garde-Infanterie-Division wegen Gehorsamsverweigerung und thätlichen Angriffs auf einen Borgelehen, begangen aus der Rückkehr von Ostasien in Wien, zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Der wegen Beihilfe mitangestellte Gefreite Fischer erhielt drei Wochen strengen Arrest, während ein dritter, Krause, freigesprochen wurde. Der Vertreter der Klage hatte gegen Nowack sechs Jahre Gefängnis, gegen Fischer und Krause je vier Wochen strengen Arrest beantragt. —

Eger, 11. Dezember. Der 20jährige Buchhalter Ferdinand aus Marienfelde i. S. schwerte auf seine Geliebte Nebel, ebenfalls von dort, einen Revolverschuß, worauf er die Waffe gegen sich selbst richtete. Beide sind lebensgefährlich verletzt. Motiv der That ist Liebesgram, da die Eltern des Mädchens den Verlehr nicht billigten.

Cherbourg, 12. Dezember. Der gestrige Sturm hat enormen Schaden angerichtet, die Flutwellen ist gänzlich eingestellt. Auch im Mittelmeer herrschte Sturm; zahlreiche Fahrzeuge werden vernichtet, fortgeht laufen Höbeposten ein. —

Marceille, 11. Dezember. Große Entrüstung erregt die Haltung der Passagiere des englischen Dampfers „Himalaya“, welche von der Marceille spielerisch die Spielen der englischen Nationalhymne verlangten und die Marceille auspufften, wodurch Zwischenfälle hervorgerufen wurden. Der Polizeipräsident sandte infolgedessen eine Note an den englischen Gesandten nach Paris, denselben erachtend, den Kapitän des „Himalaya“ wegen seiner Haltung exemplarisch zu bestrafen. —

London, 11. Dezember. (Eigener Drahtbericht der „Volksstimme“.) Auf dem Marsch von Bloemfontein nach Ladysmith nahm eine Abteilung berittener Infanterie drei Buren gefangen. — Oberst Holland überraschte in der Nähe von Smithfield eine Abteilung Buren und nahm ebenfalls eine Anzahl davon gesangen. —

London, 11. Dezember. (Eigener Drahtbericht der „Volksstimme“.) Aus Pratoria wird gemeldet: Oberst Mac Kelly überraschte nach Elmarschen ein Buren-Kommando, nahm 13 Buren gefangen und erbeutete eine Menge Vieh. —

London, 11. Dezember. (Eigener Drahtbericht der „Volksstimme“.) Aus Standerton wird berichtet: Lord Kitchener, welcher hier anwesend war, begab sich nach Piatoria zurück. — Auf der Eisenbahnstrecke, 6 Meilen südlich von Standerton, fanden englische Truppen Dschamitpatrouillen. — In demselben Distrikt wurden von einer größeren Abteilung Engländer mehrere Buren gefangen, die anscheinend einen Überfall auf einen Eisenbahngang unternommen wollten. —

Bochum, 11. Dezember. (Eigener Drahtbericht der „Volksstimme“.) Die hiesige Strafkammer verurteilte den Lehrer Heinrich Nagel aus Wiltrup wegen Sittlichkeitsverbrechens, begangen an Schulkindern, zu 3 Jahren Gefängnis. —

Bingen, 11. Dezember. (Eigener Drahtbericht der „Volksstimme“.) Vier junge Leute unternahmen am Sonntag von hier aus eine Segelpartie nach Geisenheim. Alle vier ertranken. Nachdem bereits gestern die Leiche des 22jährigen Technikers Otto Hörsch geborgen werden konnte, wurden heute vormittag auch die Leichen der übrigen drei Personen Techniker Jakob Birgel-Trier, Gerhard Lüdtke-Wieden, Jakob Ritter-Altenweiler, gesandt. Auch das Segelboot wurde geborgen. —

Volks-Versammlung im Luisenpark

am Sonntag, den 15. Dezember, nachmittags 3½ Uhr.

In derselben referiert

Reichstags-Abgeordneter Wilhelm Pfannkuch über: Die Arbeitslosigkeit und die Sozialdemokratie.

Männer und Frauen des arbeitenden Volkes! Erscheint recht zahlreich in dieser Demonstrations-Versammlung.

Der Eintrittspreis: Rob. Pistorius.

Deutscher Metallarb.-Verband

Berwaltungsstelle Magdeburg.

Fernsprech-Anschluß 404. — Knochenhauerstr. 27/28, 1. Et.
Sonnabend, den 14. Dezember, abends 8½ Uhr
im großen Saale des „Luisenpark“
Spielgartenstraße 1c

General-Versammlung

sämtlicher Bezirke der Verwaltung Magdeburg.

Tages-Ordnung:

- Wahl der Ortsverwaltung.
 - Beschlussfassung über Bestimmungen einer Unterstützung in Krankenhäusern.
 - Stellungnahme zur Gaulkonferenz in Hildesheim und Wahl von 3 Delegierten zu derselben.
 - Antrag auf Ausschluß eines Mitgliedes.
 - Anträge aus den Bezirken und Verschiedenes.
- Die äußerst wichtige Tagesordnung erfordert das Er scheinen aller Mitglieder. Agitieren deshalb ein jeder für den Besuch. Das Mitgliedsbuch oder der Arbeitslohen-Kontrollschein ist als Legitimation mitzubringen.
- Die Verwaltung.

Konsum-Verein „Biene“

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftspflicht zu Schönebeck a. E.

Die Auszahlung der Dividende findet in Schönebeck am 12., 13. und 14. Dezember in unserem Geschäftszimmer, Böttcherstraße 47, statt.

1. Tag Buchnummer 1—3000
2. Tag : 3001—4500
3. Tag : 4501—Schluß.

Der Vorstand.

1416

Grosse Kanarien-Vögel-Ausstellung

in Magdeburg-Wilhelmshöhe steht, Dividende. 40000
466 (Gesellschaftshaus zur „Krone“)

am 15. und 16. Dezember d. J.

wozu ergebenst einladet

— Montag zwischen 12—1 Uhr sind die Räume geöffnet. —

Der Vorstand.

Den besten Weihnachtskuchen

holt man mit der bei den Hausfrauen so sehr beliebten

Solo-

Margarine, die von hervorragender Butterbeschaffenheit ist.

Solo-Margarine kommt bester Vollcremibutter gleich und verleiht dem Kuchen einen ausgezeichneten Buttergeschmack.

1865

Überall zu haben.

Arbeitsnachweis der Gewerkschaften

Unentgeltliches Auskunftsbüro

St. Klosterstr. 15, parterre. Eingang durch den Saal rechte. Nur Werktag geöffnet: Vorm. 9—1 Uhr, nachm. 3½—7½ Uhr. Fernsprech-Anschluß 1499

Kostenlose Arbeitsvermittlung für Arbeitnehmer und Arbeitgeber bei berlebte Fechtelgut sowie kostenloser Auskunft in Sachen der Unfall-, Industrie-, und Krankenversicherung, Prüfung, Lizenzen, Dienstboten-, Lehrlinge- und Sohn- und Brüderverhältnisse.

Städtische Arbeitsnachweistelle

Unentgeltlich. Bei der Hauptwache Nr. 5. Magdeburg. Vermittlung auch nach außerhalb.

Fernsprech-Anschluß: Rathaus Nr. 2150—2155.

Kostenlose Vermittlung von männlichen und weiblichen Arbeitskräften, sowie fremtem Personal nach hier und auswärts. Männliche Abteilung: 8—12 Uhr vorm. und 3—6 Uhr nachm. Weibliche 10—11 Uhr.

Es werden gesucht:

Tägliche Fräuleinen und Fräuleinchen, Mädchen für alles, Kindermädchen, Kindermädchen, einf. Säugen und Kinderzähnen.

Stellung suchen:

Viele gelehrte und ungeliebte Ärzte, Kästner, Kaufleute, Hause und Dienstleister, junge Mädchen für alles mit und ohne Schulmutter, Kindermädchen, Kindermädchen, Säuglinge und Kleinkinder.

Margarine Mohra schmeckt so fein wie Sahnebutter.

Empfehlung angelegenheitlich als passende

Weihnachts-Geschenke:

Geschmackvoll ausgestattete

Frühstücks-Körbe:

Delikatess-Körbe:

Konserven- und Frucht-Körbe.

Dad alle kleinste in echten

Pomm. Spick-Gänsen

Wund 1,60—2 Mark.

Prima Weihnachts-Aale,

wochenlang haltbare, gewählte aller-

beste Exemplare, auf Wunsch ge-

schmackvoll dekoriert.

Braunschweig, Westfälische, Thüringer

Cervelatwurst,

große Prachtstück zu Geschenken,

ff. Lachs- u. Kernschinken

in allen Größen, zeichnen sich durch

außerst milde Salzung, vorzüglichen

Schnitt und Geschmack aus.

Thüring. Pracht-Salami,

in Kalbsblättern, besonders schön.

Astrachaner, Perl-

Kaviar, Russ. und Elb.!

in eleganten Dozen verpackt, zu

1/8, 1/4, 1/3, 1/2, 1/1, 1/1 Pfund!

in allen möglichen Preislagen.

Weihnachtskarpfen!

dieses Jahr besonders schöne Ware.

Bestellungen auf Frühstücks-

versand täglich.

1510 Versand täglich reell und

forgäufig. Verpackung wird nicht berechnet.

Wilh. Markworth & Co.

Special-Versandhaus,

Export nach allen Ländern.

Tischlerbrücke 23, Fernspr.

Verkaufsstelle: Breiteweg 253.

Margarine Mohra von A. L. Mohr

ist die beste.

Naturbutter 10 Pf.-Koffi fr. 5.80

ff. Tafelbutter 6.80, Bl.

bomig 4.50, 1 Koffi ½ Blt. ½ Hon. 5.25,

1 fertig. Gans o. 2—3 gr. Cinf. 4.50.

Mina Maiman, Blaute 55 via Breslau.

Naturbutter zum Baden

genau so schön wie Naturbutter.

Vertikows

einzel mit

5 Mark Anzahlung

und wöchentlich

1 Mark Abzahlung.

Hermann Liebau

Breiteweg 127

Ecke Schrotdorferstr. gegenüber

der Katharinenkirche.

Margarine Mohra auf Brot gestrichen

schmeckt wie feinte Sahnebutter.

1510

versand täglich.

1510

1510

1510

1510

1510

1510

1510

1510

1510

1510

1510

1510

1510

1510

1510

1510

1510

1510

1510

1510

1510

1510

1510

1510

1510

1510

1510

1510

1510

1510

1510

1510

1510

1510

1510

1510

1510

1510

1510

1510

1510

1510

1510

1510

1510

1510

1510

1510

1510

1510

1510

1510

1510

1510

1510

1510

1510

1510

1510

1510

1510

1510

1510

1510

1510

1510

1510

151